

# Holzarbeiter

# Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 3 Berlin, den 17. Januar 1931 39. Jahrgang

## Der Kampf beginnt!

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes hat im letzten halben Jahr eine recht eigenartige Vertragspolitik getrieben. Mit der Kündigung der Lohnabkommen, die damit am 1. August 1930 abliefen, fing es an. Die Erneuerung dieser Abkommen hat er verhindert. Dafür hat er am 15. November 1930 den Mantelvertrag zum Ablauf am 15. Februar 1931 gekündigt. Einige Wochen später trat er wieder an unseren Verbandsvorstand heran. Er wollte jetzt noch schnell ein neues Lohnabkommen treffen mit Löhnen, die 15 Prozent unter den früheren Vertragslöhnen liegen, und mit einer Geltungsdauer bis zum 15. Februar 1931. Das war ein ganz unmögliches Verlangen; der Arbeitgeberverband konnte damit nicht zum Ziele kommen. Nun will er die unhaltbar gewordene Lage durch ein heroisches Mittel lösen: Der Arbeitgeberverband hat den deutschen Holzarbeitern den Krieg erklärt. Das ist geschehen durch die folgende Kundgebung, die in der „Holzindustrie“ vom 3. Januar veröffentlicht ist:

Der Ausschuss des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes hat am 29. Dezember 1930 zu der Lohn- und Vertragsfrage eingehend Stellung genommen und folgende Beschlüsse gefasst:

1. Nachdem die wiederholten Verhandlungen über Erneuerung der Ecklohnentabelle bisher zu keinem Ergebnis geführt haben, ist der Ausschuss einmütig der Ansicht, dass das bisherige Lohnniveau keineswegs länger getragen werden kann. Die trostlose Lage der Holzindustrie gestattet nicht mehr, den Holzarbeitern Löhne zu zahlen, die zum Teil weit über den Löhnen anderer Berufsgruppen liegen und den Friedensreallohn wesentlich überschreiten. Der Ausschuss hält deshalb grundsätzlich an seiner Forderung einer 15prozentigen Lohnsenkung fest. Nur eine solche kann den Betrieben wieder Arbeitsmöglichkeit verschaffen und damit zur Wiedereinstellung entlassener Arbeitnehmer führen. Alle bestehenden Löhne sind deshalb spätestens ab 15. Januar 1931 zunächst um 8 Prozent, die Akkordpreise in gleichem Masse herabzusetzen.

Die Mitgliederverbände werden verpflichtet, alle erforderlichen Massnahmen zu treffen.

2. Eine weitere Senkung der Löhne um 7 Prozent soll zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt erfolgen, falls bis dahin eine Verständigung über die Lohnhöhe auf dem Verhandlungswege nicht erfolgt sein sollte.

3. Der Ausschuss beauftragt weiter die Verhandlungskommission, im Benehmen mit dem Vorstand die Arbeiter für eine neue Mantelvertragsvorlage abzuwickeln und die erforderlichen Verhandlungen mit den Holzarbeiter-Verbänden einzuleiten.

Der Arbeitgeberverband rechnet damit, dass die Neigung, seiner Parole zu

folgen, bei denjenigen seiner Mitglieder, die noch einigermaßen beschäftigt sind, nicht sehr gross sein wird, deshalb stellt er sich in seinen Rundschreiben als die verfolgte Unschuld hin. Aus einer Reihe von Mitteilungen an unseren Verbandsvorstand geht hervor, dass die Unternehmer, die ihren Arbeitern das Arbeitsverhältnis zum Zwecke des Lohnabbaus kündigten, diesen Schritt damit begründeten, dass die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes die Fortführung der zentralen Verhandlungen unmöglich gemacht hätten.

Um Legendenbildungen vorzubeugen, verweisen wir noch einmal auf den Bericht über die Verhandlungen am 16. Dezember, der in der Nummer 52 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht ist. Unsere Vertreter machten den Unternehmern den Vorschlag, den von ihnen abgelehnten Schiedsspruch vom 22. August für die kurze Restzeit noch anzuerkennen. Dann könnten jetzt schon die Verhandlungen über den Mantelvertrag und ein neues Lohnabkommen aufgenommen werden, die dann am 15. Februar in Kraft treten könnten. Die Unternehmer aber sagten, über einen neuen Mantelvertrag sei überhaupt nicht zu reden. Was nach Ablauf des geltenden Mantelvertrages zu geschehen hat, dafür wollten sie sich freie Hand vorbehalten. Unbekümmert um alles andere müsse jetzt der Lohn herabgesetzt werden.

Im Vertrauen auf die Sympathie, die man im Reichsarbeitsministerium dem Lohnabbau entgegenbringt, wandten sich die Vertreter des Arbeitgeberverbandes dorthin. Sie erlebten aber eine Enttäuschung. Die Einstellung des Reichsarbeitsministeriums zum Lohnabbau hat sich nicht geändert, aber auch dort erkannte man, dass der Arbeitgeberverband einen unmöglichen Weg eingeschlagen hat, um die Frage vertraglich zu regeln. Der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums ging dahin, dass der Arbeitgeberverband der Gegenseite seine Abänderungsvorschläge bis zum 12. Januar unterbreiten soll. Dann könnten die Parteien am 20. Januar zusammentreten, um zugleich über den Mantelvertrag und das Lohnabkommen zu verhandeln. Der unparteiische Vorsitzende, den das Reichsarbeitsministerium den Parteien zur Verfügung stellen wollte, hätte auf eine Beschleunigung der Verhandlungen hingewirkt.

Der Arbeitgeberverband hat diesen Vorschlag abgelehnt. Er wollte nicht mehr verhandeln, er wollte diktieren. Mit seiner Kriegserklärung will er den Knoten durchhauen, er allein trägt die Schuld an der Störung des

Wirtschaftsfriedens. Unzählige Male hat man aus Unternehmermunde gehört, dass die Ruhe in den Betrieben die unumgängliche Voraussetzung für die Belebung und das Gedeihen der Holzindustrie ist; nun ist es der Arbeitgeberverband selbst, der die Unruhe in die Betriebe bringt.

Wir haben Verständnis dafür, dass der Arbeitgeberverband bei seinen Entschlüssen unter einem gewissen Zwang steht. In den eigenen Reihen kämpft blindes Draufgängertum gegen vernünftige Erwägung. Die Parole des Lohnabbaus hat bei den Unternehmern des Holzgewerbes starken Widerhall gefunden. Der Arbeitgeberverband muss, nachdem ihn wichtige Bataillone verlassen haben, sich bemühen, die verbliebenen Reste zusammenzuhalten. Dazu kommt die Rücksicht auf die Konkurrenz, die im Begriff ist, dem Arbeitgeberverband den Anspruch auf Anerkennung als die grösste und massgebende Organisation der Unternehmer im Holzgewerbe streitig zu machen. Mit der Parole des Lohnabbaus glaubt der Arbeitgeberverband die Standarte aufgepflanzt zu haben, unter der sich das gesamte Unternehmertum im Holzgewerbe sammeln lässt.

Die oben wiedergegebene Kundgebung des Arbeitgeberverbandes ist das Signal zum Beginn des Kampfes. Wir nehmen die Herausforderung an, die Gegner werden den Deutschen Holzarbeiter-Verband auf dem Posten finden.

Dabei nehmen wir aber die Dinge keineswegs leicht. Die ungeheure Arbeitslosigkeit hemmt unsere Bewegungsfreiheit; wir müssen unsere Kampfmassnahmen mit noch viel grösserer Vorsicht treffen, als wir es sonst zu tun gewohnt sind. Unsere Verbandsleitung muss noch weit höhere Anforderungen an die Disziplin der Kollegenschaft stellen als zu anderen Zeiten. Aber die grosse Arbeitslosigkeit gibt unserem Gegner keineswegs das unbedingte Übergewicht; auch die Front der Unternehmer hat manche empfindliche Stelle.

Die Zeit ist lange und endgültig vorüber, da die Unternehmer in der Holzindustrie die Lohn- und Arbeitsbedingungen selbstherrlich diktieren konnten. Hierbei will der Deutsche Holzarbeiter-Verband ein gewichtiges Wort mitsprechen. Dieses Recht, das wir uns erkämpft haben, werden wir uns nicht mehr nehmen lassen. Wir befinden uns in einem schweren Abwehrkampf, bei dem die Taktik sorgfältig erwogen werden muss. Die einfachen Methoden früherer Zeiten sind heute nicht mehr anwendbar. Die moderne gewerkschaftliche Strategie stellt höhere Anforderungen an die Nerven der Kollegenschaft. Der beginnende Kampf ist eine Probe für die gewerkschaftliche Disziplin der deutschen Holzarbeiter. Je besser wir diese Probe bestehen, desto grösser wird der Erfolg des Kampfes sein.

## Verfinsterung

Von Wilhelm Sollmann

In diesem Winter mit seinen 4 000 000 bis 5 000 000 Erwerbslosen in Deutschland beherrschten die gewaltigen sozialen und politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise das Denken und Fühlen der Massen. Die Abwehr der grossen kapitalistischen Offensive auf den Lebensstandard und die Sozialpolitik der deutschen Arbeiter steht im Vordergrund unserer politischen Tätigkeit. Diese entscheidenden Sorgen dürfen uns aber nicht hindern, auch die Verfinsterung des europäischen Horizonts zu beobachten, zumal die aussenpolitischen Wetterwolken auch Entladungen in der inneren Politik Deutschlands hervorrufen können.

Binnen kurzem wird die Völkerbundstadt Genf für einige Wochen der Treffpunkt für zahlreiche ministerielle und parlamentarische Aussenpolitiker europäischer Völker werden. Zunächst treten dort mehrere Studienkommissionen der Interparlamentarischen Union zusammen, einer Vereinigung von Abgeordneten der verschiedensten Parteien aller Kulturländer. Dann wird das Bundeskomitee für europäische Kooperation sich versammeln, das im Briand-Stresemannschen Geiste für eine Vereinigung Europas nüchtern und sachlich arbeitet. Diese Gemeinschaft von Europäern sowohl bürgerlicher wie sozialistischer Prägung hat durch den soeben erfolgten Tod des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten

Dr. David einen schweren Verlust erlitten. Die auf ein vereinigtes Europa hinarbeitenden Politiker, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, sind trotz dem aufblühenden Nationalismus in beiden Ländern gewillt, in Genf öffentlich für ihr grosses europäisches Ziel zu wirken.

Wenige Tage später wird die Sitzung des Völkerbunds beginnen. Schon Wochen vorher hat sich die Spannung, die für diese Tagung zu erwarten ist, angekündigt. Der Reichsminister des Aussenen, Dr. Curtius, dem diesmal der Vorsitz auf der Ratstagung zufallen wäre, hat ihn an den britischen Aussenminister Henderson abgetreten, um ungehindert durch die hemmenden Verpflichtungen des Vorsitzenden seine Anklagen gegen Polen vorbringen zu können. Es geht um die zahlreichen Terrorakte gegen die deutschen Minderheiten in Polen, zumal gegen die Verfälschung und Verhinderung ihres Wahlrechts bei den letzten polnischen Parlamentswahlen. Die Marschallsdiktatur in Polen richtet sich nicht nur gegen die fremdsprachigen Minderheiten im polnischen Staate, sondern vielleicht noch schärfer gegen die Sozialisten. Dass auch die deutschen Nationalsozialisten mit grossem Geschrei gegen die Gewalttaten in Polen protestieren, ist beinahe komisch, denn die polnischen Schandtaten sind nur ein schwaches Ahnen dessen, was ein faschistisches Schreckensregiment für Deutschland bedeuten würde. Berechtigt aber ist, dass

die deutsche Reichsregierung den Völkerbund an seine feierlichen Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten erinnert. Die deutsche Position ist moralisch stark. Sie ist es weniger politisch. Das französische Bündnis mit Polen wird im Völkerbundsrat zu weitgehenden Rücksichten der ausserdeutschen Regierungen auf Polen führen.

Ein Misserfolg des Reichsaussenministers Dr. Curtius in Genf könnte leicht zu weitreichenden Rückwirkungen auf die Innenpolitik Deutschlands führen. Von 35 Millionen Deutschen, die am 14. September zur Wahlurne gingen, haben 17 Millionen klar und eindeutig für eine Revision der bisherigen deutschen Aussenpolitik, wenn auch mit verschiedenen Motiven und verschiedenen Zielen, sich ausgesprochen. Auch unter den 18 Millionen Wählern der anderen Seite sind viele, zum Beispiel in der eigenen Partei des Reichsaussenministers Dr. Curtius, die leicht zu den Gegnern der bis jetzt geübten aussenpolitischen Methoden hinüberwechseln könnten.

Schon die Debatten und Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses seit den September-Wahlen verrieten, dass die Reichsregierung auch in der Aussenpolitik nicht mehr über eine feste Mehrheit verfügt. Dadurch wächst die Gefahr von aussenpolitischen Abenteuern. Wie leicht Mehrheiten für eine weittragende Wende in der deutschen Aussenpolitik möglich sind, zeigte Mitte Dezember die Annahme des nationalsozialistischen Antrags im Auswärtigen Ausschuss, den deutschen Vertreter in der Vorbereitenden Abrüstungskommission aus Genf zurückzurufen. Diese Demonstration und ähnliche Beschlüsse werden möglich, weil die Kommunisten mit den Nationalsozialisten in der „nationalen Befreiung“ Deutschlands durch dick und dünn gehen, ja sich noch nationalistischer gebärden und den Hakenkreuzlern mangelnden nationalen Befreiungswillen vorwerfen.

Praktische Bedeutung hatte freilich der erwähnte Beschluss des Auswärtigen Ausschusses nicht, da die Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission ohnehin beendet war. Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag können aber rasch wieder zu derartigen Kundgebungen führen. Alle Gegner der Stresemannschen Aussenpolitik rüsten sich schon auf die Reichstagsdebatten nach der Rückkehr des Reichsaussenministers aus Genf. W. Dr. Curtius den Sturm bestehen? Er hat weder die hinreissende Rednergabe Stresemanns noch dessen aussenpolitische Autorität, noch dessen innerpolitische Führerqualitäten und dafür unsichere Kantonisten zu Dutzenden im Parlament. Wahrscheinlich hängt das Schicksal des Reichsaussenministers und damit vielleicht der Reichsregierung an den Reden und Entschlüssen der kleinen christlich-sozialen Fraktion. Ein in weiten deutschen und erst recht in europäischen Kreisen ganz unbekannter Pietist-Simpfendorfer aus Kornthal in Schwaben entscheidet über Deutschlands Aussenpolitik etwa so wie der Bäckermeister Drewitz aus Berlin über innerpolitische Fragen. Die parlamentarischen Splitter der Christlich-Sozialen und der Wirtschaftspartei haben durch die Zersetzung der bürgerlichen Parteien die Schlüsselstellung im Reichstag gewonnen.

Der gewaltige wirtschaftliche Verfall Deutschlands erschüttert auch die Bahnen

der Aussenpolitik rasch. Am 20. Januar 1930 wurde im Haag der nach dem amerikanischen Finanzsachverständigen Young benannte neue Reparationsplan unterzeichnet. Er sollte nach seinem Wortlaut „eine vorläufige und endgültige Regelung der Reparationsfrage“ bringen. Diese kühne These, die schon bei ihrer Niederschrift in Deutschland mit Zweifeln aufgenommen wurde, ist noch nicht ein Jahr später allgemein ad absurdum geführt. 25 Millionen Erwerbslose in den wirtschaftlich bedeutenden Ländern der Welt, und der höchste Prozentsatz davon in dem am meisten gebüttelten Schuldnerlande Deutsches Reich, lassen viele Politiker und Wirtschaftler innerhalb und ausserhalb unseres Landes auf internationale Abhilfe sinnen. In dem allgemeinen Revisionswillen der Deutschen muss man sich aber vor den politischen Gaukeleien der Nationalsozialisten hüten, als sei an eine Befreiung von unseren Reparationsschulden in absehbarer Zeit zu denken. Leider wissen immer noch nur die wenigsten Deutschen, dass mehr als 70 Prozent unserer Tribute nicht an Frankreich und Belgien, sondern an die angelsächsische Welt England und Amerika gehen, und zwar an Amerika in Gestalt von französisch-englischen Schuldzinsen an die amerikanischen Kriegsgewinnler. Solange ein Schuldennachlass an Frankreich und England von Amerika nicht zu erwarten ist, und es spricht zur Stunde nichts dafür, kann nur politische Unwissenheit oder nationalistischer Wahn auf eine Erleichterung unserer deutschen Tributlasten hoffen.

Der aussenpolitische Wahn beherrscht aber leider viele deutsche Volksgenossen. Nur so ist es zu erklären, dass die Nationalsozialisten im Auswärtigen Ausschuss die Aufstellung eines Grenzschutzes von 100 000 Mann in Oberschlesien fordern und dabei die Unterstützung auch der Deutschen nationalen finden konnten. Ganz abgesehen davon, dass eine solche Armee den Konflikt mit sämtlichen Unterzeichnern des Versailler „Friedens“vertrages bedeuten würde, stelle man sich einmal die Auswirkung eines solchen Aufmarsches mit Gewehren und Kanonen im Osten vor: Auf deutscher Seite 100 000 junge Leute, die in Polen den Räuber deutschen Landes in Schlesien und in Posen sehen. Auf polnischer Seite ein Heer, das an einen deutschen Überfall fest und sicher glaubt und ihm zuvorzukommen sucht. Die nationalsozialistische Aussenpolitik würde die akuteste Kriegsgefahr bedeuten.

Es mögen einstweilen mehr gespenstische als wirkliche Schatten sein, die über Europa lagern, aber die Verfinsterung ist spürbar. Mehr noch in Paris als in Berlin. Jedes vertraute Gespräch zwischen einem französischen und einem deutschen Verständigungspolitiker macht die Furcht vieler Franzosen vor einer aggressiven kriegerischen Aussenpolitik Deutschlands klar. In den Köpfen auch ernst zu nehmender Franzosen spukt der Angsttraum eines deutsch-italienisch-ungarisch-russischen Bündnisses gegen Westeuropa und steigert die französische Nervosität.

In solcher europäischen Lage erwartet die Welt mit ethlicher Spannung die aussenpolitischen Debatten im Hauptausschuss und im Plenum des Deutschen Reichstags. Nicht nur die soziale Krise, auch die aussenpolitische Situation Deutschlands ist ein Herd europäischer Unruhe.

### In erster Linie der Inlandmarkt

Der Enquete-Ausschuss veröffentlicht jetzt die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft. Festgestellt wird, dass regelmäßig etwa 89 bis 90 Prozent der deutschen Produktion im Inland abgesetzt werden. Die Gesamtsumme des nationalen Ausgabens ist demnach wesentlich grösser als die Gesamtsumme des internationalen Ausgabens. Das Schwergewicht der deutschen Wirtschaft liegt im Binnenmarkt, der seiner besonderen Pflege bedarf, da auf seine Grundlage das Auslandsgeschäft sich erstreckend aufbauen kann.

Diese Feststellung, deren Erkennung und Fortführung sich durch anderweitige Untersuchungen bekräftigen lässt, heisst, dass die deutschen Warenhersteller, Fabrikanten und Lieferanten die

zeitweilig hervorgetretene, zum Teil mit der besseren Pflege der Aussehlandsstatistik zusammenhängende Überschätzung des Auslandmarktes auf das gebührende Mass sich zurückbildet, die Einschätzung des inneren Marktes auf das gebührende Mass sich erhöht.

Uns überrascht die Feststellung des Enquete-Ausschusses nicht, wir haben schon immer darauf hingewiesen, dass der Binnenmarkt das Hauptabsatzgebiet der deutschen Warenherzeugung ist. Nun ist dies auch offiziell festgestellt worden. Allein damit hat noch nicht viel gewonnen, jetzt gilt es, aus dieser Erkenntnis die richtigen Schlüsse zu ziehen. Vor allen Dingen die Schlussfolgerung, dass die breiten Massen des Volkes so kaufkräftig gemacht werden müssen, dass sie die hergestellten Waren auch kaufen können.

### Lohnsteuererstattung

Die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes über die Erstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer sind in diesem Jahre für fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Bedeutung. Eine Erstattung kommt zunächst für alle diejenigen in Betracht, die im Jahre 1930 aus irgendeinem Grunde mehrere Wochen ohne Beschäftigung waren. Dieses Unglück haben die meisten Arbeiter gehabt. Aus welchen Gründen sonst noch eine Erstattung beantragt werden kann, ist aus folgenden Vorschriften über die Lohnsteuererstattung für 1930 zu ersehen:

#### Anspruch auf Lohnsteuererstattung

hat jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, sofern sie im Kalenderjahr mindestens 4 Mk. Lohnsteuer entrichtet haben und einer der folgenden drei Erstattungsgründe vorliegt:

1. Wenn infolge Verdienstauffalles, z. B. teilweiser Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik, Kurzarbeit, der steuerfreie Lohnbetrag von regelmässig 1200 Mk. und die nach dem Familienstande freibleibenden Beträge im Laufe des Jahres 1930 nicht voll berücksichtigt worden sind.
2. Wenn im Jahre 1930 die Leistungsfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinflusst worden ist, z. B. im Falle ausserordentlicher Belastung durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, und dies nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages beim Steuerabzug berücksichtigt worden ist.
3. Wenn ohne Vorliegen der unter 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen im Jahre 1930 vom Arbeitslohn Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, obwohl der Arbeitslohn weniger als die im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Freibeträge ausgemacht hat.

Diese Freibeträge, auf das Jahr umgerechnet, betragen für den Steuerpflichtigen ohne Familie 1200 Mk., mit Frau ohne Kinder 1320 Mk., mit einem Kind 1440, mit zwei Kindern 1680, mit drei Kindern 2160, mit vier Kindern 2280, mit fünf Kindern 3840, mit sechs Kindern 4800, mit sieben Kindern 5760 und mit acht Kindern 6720 Mk.

Die Erstattungsgründe unter 3 werden bei den meisten Heimarbeitern, aber auch bei vielen Betriebsarbeitern beiderlei Geschlechts vorliegen. Ferner für die Arbeiter, die 1930 noch zeitweise Lehrlinge waren. Wenn z. B. ein Steuerpflichtiger im Kalenderjahr 1930 vom 1. Januar bis zum 30. September als Lehrling nur freie Station im Werte von neun Monate mal 25 Mk., zusammen 225 Mk., und mit Beendigung der Lehrzeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember monatlich 150 Mk., mithin dreimal 150 Mk., gleich 450 Mk., im ganzen Jahr zusammen also 675 Mk. verdient hat, so sind ihm die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1930 etwa einbehaltenen Steuerbeträge beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen auf Antrag zu erstatten.

#### Welche Beträge werden erstattet?

Wenn infolge Verdienstauffalles durch Krankheit, Aussperrung, Streik oder sonstige Arbeitslosigkeit die Freibeträge nicht gutgebracht worden sind, für jede volle Woche des Verdienstauffalles die sich aus untenstehender Tabelle ergebenden, nach dem Familienstande abgestuften Beträge.

	Ohne Ehefrau	Mit Ehefrau
Steuerpflichtige	1,80 Mk. *)	2,— Mk.
mit 1 Kind	2,20 Mk.	2,20 Mk.
mit 2 Kindern	2,60 Mk.	2,60 Mk.
mit 3 Kindern	3,55 Mk.	3,55 Mk.
mit 4 Kindern	5,— Mk.	5,— Mk.
mit 5 Kindern	6,95 Mk.	6,95 Mk.
mit 6 Kindern	8,85 Mk.	8,85 Mk.
mit 7 Kindern	10,75 Mk.	10,75 Mk.
mit 8 Kindern	12,70 Mk.	12,70 Mk.

\*) Mit Ledigenzuschlag 2 Mk.  
Bei Kurzarbeitern und Arbeitern, bei denen 1 Prozent vom vollen Arbeitslohn deswegen einbehalten worden ist, weil ein Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt worden ist, nicht festgestellt werden konnte, der Unterschied zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer, die sich berechnet, wenn die Freibeträge und Familienermässigungen vom Arbeitslohn abgesetzt werden.

Im Falle des Vorliegens besonderer wirtschaftlicher Ver-

hältnisse ein Betrag, der vom Finanzamt nach pflichtgemäßem Ermessen festgestellt wird.

Wenn trotz Nichterreicherung der Freigrenze Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, der ganze einbehaltene Steuerbetrag.

Jahresbeträge unter 4 Mk. werden nicht erstattet, und ferner niemals mehr als im Kalenderjahr 1930 an Lohnsteuer einbehalten worden ist.

#### Anträge auf Lohnsteuererstattung

müssen bei dem Finanzamt gestellt werden, in dessen Bezirk der Arbeiter am 10. Oktober 1930 seinen Wohnsitz gehabt hat. Die Antragsfrist läuft bis zum 31. März 1931; später gestellte Anträge werden nicht berücksichtigt.

Für Anträge auf Erstattung wegen Verdienstauffalles geben die Finanzämter Formulare heraus, die von diesen kostenlos zu beziehen sind. Es empfiehlt sich, diese Formulare betriebsweise anzufordern. Die Formulare müssen genau ausgefüllt und dem Finanzamt eingereicht werden. Als Unterlagen müssen beigelegt werden im Falle von Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, im Falle von Arbeitslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkortkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder eines Berufsverbandes.

Beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse muss der Antrag eine eingehende Darlegung der besonderen Verhältnisse, auf die der Antrag gestützt wird, unter Angabe der Höhe der besonderen Aufwendungen und Beifügung von Belegen und Rechnungen enthalten. Auch für solche Anträge geben die Finanzämter Formulare unentgeltlich ab.

Ausser diesen Unterlagen müssen allen Anträgen auf Lohnsteuererstattung beigelegt sein: die Steuerkarte 1930 und, sofern für den Steuerabzug Steuermarken verwendet worden sind, die Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1930 zum Einkleben und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, oder eine Bescheinigung des Finanzamtes über die bereits erfolgte Ablieferung; Bescheinigungen der Unternehmer, aus denen die Höhe des Arbeitslohnes und die einbehaltene Lohnsteuer hervorgehen.

Gegen die Ablehnung oder teilweise Ablehnung des Antrages kann binnen einem Monat nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Finanzamt Einspruch erhoben werden.

### Gewerbmässige Stellenvermittlung

Der § 55 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestimmt: „Gewerbmässige Stellenvermittlung ist vom 1. Januar 1931 an verboten.“ Den Stellenvermittlern, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 auf Grund behördlicher Erlaubnis ausüben, gestattet das Gesetz eine angemessene Entschädigung, deren Höhe durch besonderes Gesetz bestimmt wird. Von dem Erlass dieses besonderen Gesetzes ist bisher Abstand genommen worden, die Entschädigung hätte wahrscheinlich Summen erfordert, die bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches nicht wohl entbehrlich sind. Statt dessen wird jetzt das Gesetz vom 19. Dezember 1930 über eine vorübergehende Regelung der gewerbmässigen Stellenvermittlung verkündet, welches bestimmt:

„Gewerbmässige Stellenvermittler, die nach § 55 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Anspruch auf Entschädigung haben, dürfen ihren Betrieb bis zum 31. März 1931 fortführen, soweit er sich nicht auf die Vermittlung von Artisten, Bühnengehörigen, Chor-, Tanzpersonal und Musikern erstreckt. Die Regelung der Entschädigung bleibt vorbehalten.“

Gewerbmässige Stellenvermittler, deren Tätigkeit sich lediglich auf die Vermittlung zu Instrumental-, Vokalkonzerten, Gesangs- und anderen Vorträgen erstreckt, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet (Konzertagenten), dürfen ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen, und zwar auch dann, wenn sie keinen Anspruch auf Entschädigung haben.“

Demnach ist den gewerbmässigen Stellenvermittlern die ihren Betrieb nach dem 2. Juni 1910 aufgenommen haben, die weitere Ausübung ihres Gewerbes untersagt.

# Lohnabbau ist kein Mittel gegen die Wirtschaftskrise

Im „Wirtschaftsdienst“ beschäftigt sich der berühmte englische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes mit der gegenwärtigen grossen Wirtschaftskrise. Einleitend bemerkt er, dass, so schwer die Krise auf den Völkern auch laste, sie nicht unüberwindbar sei. Aber es müssten ihre Ursachen klar erkannt und die Wege, die zur Wiedergesundung der Wirtschaft führen, entschlossen gegangen werden. Die Hauptursache der Krise ist nach Keynes „der Mangel an Neuunternehmungen infolge eines unbefriedigenden Marktes für Kapitalanlagen“. Um aus dieser Schwierigkeit herauszukommen, müssten die Zentralbankleiter der wichtigsten Gläubigerstaaten sofort und mutvoll in Aktion treten. „Die Zentralbanken von Amerika, Frankreich und England müssten sich auf einen kühnen Plan zur Wiederherstellung des Vertrauens auf dem internationalen Anleihemarkt einigen, der dazu dienen würde, die Unternehmungslust ringsum zu neuem Leben zu erwecken und Preise und Gewinne zu heben, so dass in angemessener Zeit die Räder des Welt Handels sich wieder drehen würden.“ Geschähe dies, so würde die Wirtschaft aus ihrer Lähmung herauskommen und es werde in der ganzen Welt wieder vorwärtsgen.

Dieser Appell an die Kapitalgewaltigen der Welt ist nicht neu, es ist aber an der Zeit, dass er endlich Gehör findet.

Auch was Keynes gegen die Mittelklassen sagt, die besonders von den deutschen Unternehmern im Kampf gegen die schwere Wirtschaftskrise heute angewandt werden, verdient allseitige Beachtung. Keynes wendet sich gegen den Lohnabbau als Weg zur Wiederaufkurbelung der Wirtschaft. Wohl könne, wenn ein einzelner Unternehmer oder ein einzelnes Land die Löhne kürzt, dies jenem Unternehmer oder jenem Land

so lange förderlich sein, bis die anderen nicht das gleiche tun. Aber.

„Wenn jedoch die Löhne überall gekürzt werden, wird die Kaufkraft des ganzen Gemeinwesens um den gleichen Betrag vermindert wie die Kosten und wieder hat niemand einen Nutzen davon. Somit ist weder die Produktion noch die Lohnsenkung an sich geeignet, das Gleichgewicht wiederherzustellen.“

An anderer Stelle sagt Keynes in seinem zeitgemässen und mutigen Aufsatz:

„Überdies ist es eine Täuschung, anzunehmen, dass die Unternehmer durch eine Herabsetzung der Gesamtkosten, sei es nun durch eine Produktionseinschränkung oder durch eine Senkung der Entlohungsätze, das Gleichgewicht unbedingt wiederherstellen können; denn die Herabsetzung ihrer Auszahlungen kann dadurch, dass sie die Kaufkraft der Empfänger, die auch ihre Kunden sind, herabsetzen, ihre Verkaufserlöse um annähernd den gleichen Betrag vermindern.“

Diese Ausführungen eines überzeugten Anhängers der kapitalistischen Wirtschaft sind eine schallende Backpfeife für die lohnabbauwütigen Unternehmer. Aber sie werden diese, wie so viele andere, einstecken; Keynes, der so oft ihr Kronzeug ist, mag ja, sagen sie sich, auch hier recht haben, in diesen Wochen und Monaten geht es aber doch nicht um die Wiedergesundung der Wirtschaft sondern gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Und in diesem Kampfe ist der Lohnabbau unsere beste Waffe. Deshalb ist und bleibt unsere Parole: Lohnabbau auf der ganzen Linie!

Nur so erklärt sich die Lohnabbauwut der deutschen Unternehmer.



Der Nazi und der Kozi, Die sind sich spinnefeind,



Doch gegen die Gewerkschaft, Da kämpfen sie vereint.

## Ein Beispiel praktischer Solidarität

Als ein Mittel im Kampfe gegen die grosse Arbeitslosigkeit hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die vorübergehende Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche empfohlen. Dieser Vorschlag hat bei den Unternehmern wenig Gegenliebe gefunden. Man begegnet dort öfters der Auffassung, dass im Gegenteil neben der allgemein geforderten Herabsetzung der Löhne auch eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten müsse, um die Produktionskosten zu senken. Nur ganz vereinzelt haben sich Unternehmungen bereit gefunden, zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitern, die Arbeitszeit zu kürzen. Starkes Aufsehen hat das Vorgehen der Harburger Ölwerke Brinkmann u. Mergell gefunden, die am 20. Oktober 1930 die Arbeitszeit in ihrem Betrieb von 8 auf 6 Stunden täglich reduzierten und damit die Möglichkeit fanden, etwa 350 Arbeitslose einzustellen. Die Erfahrungen, welche die Firma mit diesem Schritt gemacht hat, hat sie in einer kleinen Broschüre niedergelegt.

Den Anstoss zu dem Vorgehen hat der Fabrikarbeiter-Verband gegeben. In einer Branchenversammlung der Öl-mühlenarbeiter in Harburg am 5. Oktober wurde eine Entschliessung angenommen, in welcher dem Vorschlag der Branchenleitung zugestimmt wird, „aus Solidarität für die Erwerbslosen in der Öl-industrie den Sechsstundentag einzuführen“. Interessant ist die Feststellung, dass die Mitglieder des Betriebsrats geschlossen der Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden ohne Lohnausgleich zustimmten, mit alleiniger Ausnahme von drei Kommunisten. „Diese erklärten, dass sie bislang zwar die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert hätten, nun aber ihre Zustimmung versagen müssten, da der Vorschlag von Arbeitgeberseite komme“.

Die Firma hat sich bei ihrem Schritt lediglich von höheren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen nicht etwa von der Absicht, Wohlthäter zu erweisen auf Kosten des Unternehmerrgewinns. Die Firma erklärt ausdrücklich, dass eine Erhöhung der Gestehungskosten bei ihr „wie überall selbstverständlich unmöglich“ war. Hilfe für die Erwerbslosen war nur dann möglich, „wenn die im Betrieb verbliebenen Arbeiter bereit waren, nun auch ihrerseits der Not der Zeit ein Opfer zu bringen“.

Ein Lohnausgleich wurde abgelehnt.

Über die Erfahrungen, die sie in den neun Wochen seit der Einführung der Einrichtung gemacht hat, sagt die Firma: „Wir sind zufrieden. Selbst Schwierigkeiten kleinerer Art, die wir gefürchtet und für deren Überwindung wir uns mit gutem Willen gewappnet hatten, sind nicht eingetreten. Von Unternehmern, vor allen Dingen von Unternehmerverbänden, die in merkwürdiger Bundesgenossenschaft mit den Kommunisten die Verkürzung der Arbeitszeit bekämpfen, waren uns die schlimmsten Befürchtungen an die Wand gemalt worden. Nichts von alledem, was als Material gegen die Zweckmässigkeit und die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung vorgebracht worden ist, hat sich als stichhaltig erwiesen. Die Gestehungskosten sind nicht gestiegen. Insgesamt betragen die Mehraufwendungen für alle sozialen Lasten für den Betrieb nicht ein Prozent der Lohnsumme.“

Interessant ist auch die Feststellung bezüglich der Arbeitsleistung: „Durch den häufigen Schichtwechsel ist keine Verringerung der Arbeitsleistung eingetreten, wir haben im Gegenteil an manchen Stellen eine merkliche Steigerung der Arbeitsleistung festgestellt und an anderen Stellen eine von den Arbeitern beabsichtigte Steigerung der Arbeitsleistung unterbinden müssen, um nicht den Zweck der Arbeitszeitverkürzung illusorisch zu machen.“

Der Versuch, die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit zu bekämpfen, hat sich also in diesem Falle gut bewährt. Der Erfolg wurde erzielt durch ein vernünftiges Zusammenarbeiten zwischen der Gewerkschaft und der Firma, wobei beide Teile nichts von ihrer grundsätzlichen Auffassung preisgeben. Die Firma wehrt sich in ihrer Schrift gegen die Verdächtigung, als ob sie „Aussenseiter“ und „nicht organisiert“ sei. Sie betont demgegenüber, dass sie sowohl dem Reichsverband der deutschen Industrie wie der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und allen Frage kommenden Fachverbänden angehört. Sie vertritt also grundsätzlich den Unternehmerstandpunkt, was sie allerdings nicht hindert, im Gegensatz zu vielen Unternehmern praktisch einen Versuch zur Linde-

rung des Arbeitslosenelends zu machen. Dabei hat sich nun gezeigt, dass Erfolge erzielt werden können ohne Schmälerung des Unternehmerrgewinns.

Weit höher ist moralisch das Verhalten der Arbeiter zu werten. Erhebend ist dieses Ergebnis der gewerkschaftlichen Erziehung zur Solidarität. Durch diesen Verzicht auf einen erheblichen Teil des Lohnes hat der Verband nichts von seiner grundsätzlichen Auffassung preisgegeben, dass es seine Aufgabe ist, für die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufsangehörigen zu wirken und zu kämpfen. Es ist menschlich zu verstehen, wenn der einzelne Arbeiter der Senkung seines Lohneinkommens widerstrebt. Wo der Lohn gekürzt wird zur Mehrung des Unternehmerrgewinns, leistet die Arbeiterschaft unter der Führung der Gewerkschaften solchen Versuchen den schärfsten Widerstand. Höher aber, als der Vorteil des einzelnen steht das Wohl der Gesamtheit. Diese gewerkschaftliche Solidarität zu wecken und zu pflegen, das Solidaritätsgefühl so stark zu machen, dass es den angeborenen Egoismus überwindet, das ist das Ziel gewerkschaftlichen Strebens, das in diesem Fall so schöne Früchte gezeitigt hat.

Der Umstand, dass die Einwilligung in die Verkürzung der Arbeitszeit und den Verzicht auf den entsprechenden Anteil am Lohn gewissermassen eine Versicherungsprämie ist, ändert nichts an der Bedeutung des Entschlusses der Arbeiter. Gewiss, die Existenz des Arbeiters ist heute so unsicher, dass jeder, der heute noch in Arbeit steht, damit rechnen muss, morgen auf der Strasse zu liegen. Aber dessenungeachtet ist es ein heroischer Entschluss, auf einen erheblichen Lohnanteil zu verzichten, um damit einer Anzahl arbeitsloser Klassengenossen eine Existenzmöglichkeit zu schaffen. Das Übel der Massenarbeitslosigkeit wird dadurch freilich nicht beseitigt, aber das Beispiel der Harburger Ölwerke hat gezeigt, dass es möglich ist, durch Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen.

## Kapitalsknechte

Der Reichstag hatte in seiner Sitzung am 9. Dezember 1930 über folgende sozialdemokratische Anträge zu entscheiden:

1. Alle Vermögen über 500 000 Mk. werden einer einmaligen Steuer von 20 Prozent unterworfen.
2. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 Prozent der Ausschüttung unterworfen.
3. Alle Aufsichtsratsantien und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent.
4. Alle Einkommen über 50 000 Mk. werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent jährlich belegt.

Diese Anträge wurden mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Die Ja-Stimmen kamen von den Sozialdemokraten und den Kommunisten. Alle anderen Parteien, einschliesslich der Nazi-Partei stimmten gegen die geforderte gerechte Besteuerung der Reichen. Hätten die Nazi-Abgeordneten für diese Anträge gestimmt, so wären sie mit 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden. In der Öffentlichkeit spielen die Nazis sich als Sozialisten auf, dort aber, wo die Entscheidungen fallen, handeln sie so, als was sie sind, nämlich Kapitalsknechte!

## Arbeiterfeindliche Pläne

Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat unlängst in Stuttgart eine Rede gehalten, deren Inhalt grosses Aufsehen erregt hat. Und das mit Recht. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Arbeitslosenproblem. Er denkt sich dessen Lösung so, dass „die Milliarden, die das Reich jetzt dazu aufbringen muss, um die Arbeitslosen zu unterstützen, dazu dienen sollen, die Arbeitslosen in den Produktionsprozess einzugliedern, dadurch die Produktion zu steigern und gleichzeitig zu verbilligen“.

Dieser Satz kann nur so verstanden werden, dass den Arbeitslosen künftig eine Unterstützung nicht mehr gezahlt wird, dafür sollen die Unternehmer, die Arbeitslose beschäftigen, vom Reich einen Zuschuss erhalten. Herr Dietrich will die Arbeitslosenversicherung abschaffen, da „sie das Band der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenso lockert wie den Verantwortungssinn der Familienangehörigen für die Familienmitglieder“.

Wenn ein im Dienste des Unternehmertums stehender Schwätzer eine solche Behauptung aufstellt, so regt man sich darüber nicht weiter auf. Anders liegt die Sache, wenn ein Reichsminister so spricht. Herr Dietrich hat noch niemals Arbeitslosenunterstützung beziehen brauchen; er kennt nicht das Hungerdasein der Arbeitslosenfamilien. Wäre es anders, hätte er schon einmal ein solch elendes Leben führen müssen wie die Arbeitslosen, so würde er nicht so reden, es sei denn gegen seine bessere Überzeugung.

Die Arbeitslosen und mit ihnen die noch arbeitenden Männer und Frauen verbitten sich solche Bemerkungen. Sie sind nicht freiwillig arbeitslos, sondern sie sind das Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, die Herr Dietrich freudigen Herzens bejaht. Um sie zu schützen und zu fördern, fordert er die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung.

Insoweit ist die Rede des Reichsfinanzministers unmissverständlich. Unklar sind aber seine Pläne hinsichtlich der Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess. Die Zahlung eines Zuschusses an diejenigen Unternehmer, die Arbeitslose beschäftigen, bedeutet den Übergang zu einer Subventionswirtschaft mit allen Merkmalen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Korruption! Das begreifen selbst die Unternehmer, deren Verbände den angeblichen Plan des Herrn Dietrich entschieden ablehnen. Die Gewerkschaften unterstützen jeden Weg, der gangbar ist, um aus der grossen Arbeitslosigkeit herauszukommen. Was Dr. Dietrich will, ist ein solcher Weg nicht, es sind arbeiterfeindliche Pläne.

Das Echo, das seine Stuttgarter Ausführungen gefunden haben, hat Herrn Dietrich veranlasst eine neue Rede, diesmal in Heilbronn, zu halten. In dieser hat er sich dagegen verwahrt, dass er die Arbeitslosenunterstützung abschaffen und den Unternehmern die Arbeitslose beschäftigen, Zuschüsse aus Reichsmitteln geben wolle. Seine erste Rede sei missverstanden worden. Er hat widerrufen was er in Stuttgart gesagt hat, aber was er eigentlich mit den zitierten Sätzen gemeint hat, hat er auch jetzt noch nicht eindeutig gesagt. Deshalb erlauben wir uns die Frage: Was plant Herr Dietrich?



# Aus dem Verbandsleben



## Die Aussperrung im Holzgewerbe

Inwieweit dem an der Spitze dieser Nummer mitgeteilten Beschluss des Arbeitgeberverbandes Folge gegeben wurde, lässt sich im Augenblick noch nicht völlig übersehen. Aus den vorliegenden Nachrichten ist aber zu erkennen, dass die Aufforderung zur Herabsetzung der Löhne bei den Unternehmern lebhaft Zustimmung gefunden hat. Soweit Mitteilungen eingegangen sind, beziehen sie sich auf Vorgänge in einzelnen Orten und Betrieben. Darüber ausführlich an dieser Stelle zu berichten, würde zu weit führen. Während aus manchen Bezirken zahlreiche Berichte vorliegen, fehlen solche aus anderen Gebieten noch völlig. Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, dass es in den fraglichen Bezirken ruhig wäre.

Begreiflicherweise hat der Vorstoss des Arbeitgeberverbandes gegen die Lohnhöhe auch Zustimmung in solchen Kreisen gefunden, die bisher Gegner der Vertragspolitik des Arbeitgeberverbandes waren. So lassen einige Nachrichten darauf schließen, dass sich mancherorts die Tischlerinnungen zu Trägern der Lohnabbauaktion gemacht haben. Ob es sich dabei um ein zentrales Zusammenwirken zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Reichsverband des Tischlergewerbes handelt, wovon zeitweilig die Rede war, oder ob die in Aktion getretenen Innungen solche sind, die in enger Verbindung mit dem Arbeitgeberverband stehen, lässt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Ebenso wenig ist es möglich, Zahlen über den Umfang der Aussperrung zu nennen. Die noch fortgesetzt eingehenden Meldungen gestatten es nicht, einen auch nur vorläufigen Abschluss zu machen. Dazu kommt auch, dass die Grenze zwischen ausgesperrten und arbeitslosen Kollegen noch recht flüchtig ist. Verschiedentlich geht aus den eingegangenen Meldungen hervor, dass Betriebe, die vor Weihnachten geschlossen waren, nach Neujahr für solche Arbeiter wieder eröffnet wurden, die sich bereit erklärten, zu reduzierten Löhnen zu arbeiten. Über alle diese Dinge dürfte zurzeit auch noch den Gauvorstehern der Überblick in dem eigenen Bezirk fehlen; wir hoffen jedoch, in stand gesetzt zu werden, in der nächsten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine instruktive Darstellung von dem Stande der Dinge zu geben. Für heute beschränken wir uns auf einige Ausschnitte.

### Aussperrung in Sachsen

Der Arbeitgeberverband für das sächsische Holzgewerbe hat unter Berufung auf den Beschluss der Zentrale seine Mitglieder angewiesen, die Tariflöhne und Akkordpreise bis zum 15. Januar um 8 Prozent und zu einem noch zu bestimmenden Termin um weitere 7 Prozent abzubauen. In dem Rundschreiben werden die Unternehmer verpflichtet, mit allen Mitteln diesen Lohnabbau betrieblich durchzuführen. Zunächst wird empfohlen, mit den gesetzlichen Betriebsvertretungen eine Betriebsvereinbarung über den festgesetzten Lohnabbau herbeizuführen. In den Betrieben, wo sich die Arbeiter weigern, solche Vereinbarungen anzuerkennen, sollen die Arbeitsverhältnisse bis zum 15. Januar aufgekündigt werden und die Aussperrung der Arbeiter vom 16. Januar an erfolgen. Aus einer Reihe von Orten wird berichtet, dass so verfahren wurde. Da die Kollegen selbstverständlich den Abschluss von Betriebsvereinbarungen ablehnen, ist ihnen zum 15. Januar gekündigt worden.

### Mergelhausen und Freiburg

In Mergelhausen macht die Unternehmerinnung insofern eine Ausnahme, als sie im Gegensatz zu den übrigen Bezirken nur zur Zentrale des Arbeitgeberverbandes ihre Kriegserklärung unserem zuständigen Gauvorsteher in Frankfurt a. M. schriftlich übermitteln hat. Sie teilt mit, dass sie ihre Mitglieder angewiesen habe, in allen Ortsklassen und Betrieben mit Wirkung ab

8. Januar 1931 die bisherigen Löhne und Akkordsätze einheitlich um 8 Prozent zu senken. Diese Mitteilung ist ein Zeichen geschäftlicher Korrektheit. Im übrigen werden aber die Dinge in diesem Bezirk ebenso laufen wie in den übrigen. Bemerkenswert ist eine Nachricht aus Darmstadt. Hier hat sich ein gemischtgewerblicher Arbeitgeberverband an unsere Verwaltungsstelle mit dem Angebot zu örtlichen Verhandlungen gewandt. Hierbei teilte der Syndikus dieser Organisation mit, dass die Holzindustriellen in Darmstadt nicht mehr Mitglieder des noch zum Arbeitgeberverband gehörigen Bezirksverbandes in Frankfurt a. M. sind, scheint also, dass der Verfall des Arbeitgeberverbandes weitere Fortschritte macht.

### Mantz u. Gerstenberger in Frankfurt a. d. Oder

Diese grosse Möbelfabrik, von der wir in der vorigen Nummer berichtet haben, gehört dem Arbeitgeberverband nicht an, sie hat sich aber zum Vorreiter für den Lohnabbau gemacht. Die Firma hat den stillgelegten Betrieb nach Neujahr wieder eröffnet, wieder anzufangen, aber zu reduziertem Lohn. Der Betrieb liegt auch weiterhin still. In ähnlicher Weise sind auch einige andere grössere Betriebe in Frankfurt a. d. O. und Finsterwalde vorgegangen, mit dem gleichen Erfolg, dass die Arbeiter die Zumutung ablehnten, zu einem reduzierten Lohn zu arbeiten, dessen Höhe überdies erst später mitgeteilt werden sollte. Auch aus anderen Orten der Provinz Brandenburg liegen Nachrichten über Lohnabbauversuche vor. Träger der Bewegung scheint hier auch der Bezirksverband der Tischlerinnungen zu sein, der am 23. Dezember in einem vertraulichen Rundschreiben seine Mitglieder angewiesen hat, den Arbeitern das Arbeitsverhältnis so zu kündigen, dass die Kündigung spätestens am 31. Dezember rechtskräftig wird. Dann heisst es weiter: „Die endgültige Höhe der neu zu zahlenden Lohnsätze wird erst in der Verhandlung am 29. Dezember 1930 besprochen und umgehend den einzelnen Innungen zugesandt.“

### Aussperrung bei Gebr. Schöndorff in Düsseldorf

Auch in Düsseldorf haben der Arbeitgeberverband und die Schreiner-Innung ihre Mitglieder aufgefordert, entsprechend den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes vom 29. Dezember 1930 vorzugehen. Hier hat es die Möbelfabrik der Firma Gebr. Schöndorff AG. besonders eilig gehabt, mit der Aussperrung zu beginnen. Das ist um so merkwürdiger, als sie sich erst vor kurzem durch eine besondere Abmachung vertraglich gebunden hat. Wir haben in Nummer 51/1930 von der Beilegung der Differenzen in diesem Betrieb berichtet. Dort waren 130 Maschinenarbeiter entlassen worden, weil sie sich eine Herabsetzung des Lohnes nicht gefallen lassen wollten. Die Angelegenheit wurde durch eine am 3. Dezember 1930 getroffene Abmachung geregelt. In dieser Vereinbarung ist festgelegt, dass sie längstens bis 15. Februar 1931 gilt. Wenn jedoch vorher eine Regelung der Tariflöhne durch die Zentrale erfolgt, dann soll über die Anrechnung des materiellen Inhalts der Vereinbarung eine Verständigung zwischen den Parteien herbeigeführt werden. Das hat die Firma nicht gehindert, der gesamten Belegschaft am 6. Januar mit sofortiger Wirkung zu kündigen. Vorher hatte sie das Einverständnis der Betriebsvertretung zur Herabsetzung der Löhne um 8 Prozent nachgesucht, was selbstverständlich abgelehnt wurde. Seit dem 7. Januar ruht der Betrieb.

Ausser den hier erwähnten Stellen ist die Aussperrung noch in einer Reihe anderer Städte und in einzelnen Betrieben perfekt geworden, oder sie steht unmittelbar bevor. Wir verzichten auf die Nennung der Orte, da eine vollständige Übersicht zu geben im Augenblick (diese Zeitung geht am Morgen des 10. Januar in Druck) unmöglich ist.

## Kampf gegen den Lohnabbau in Württemberg

Der Verband württembergischer Holzindustrieller ist mit Schluss des Jahres 1929 aus dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie ausgetreten. Er untersteht aber noch der Wirkung des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe. Bei den Lohnverhandlungen im August vorigen Jahres erhob er den Anspruch, aus den zentralen Verhandlungen herausgelassen zu werden, auch der Vorstand des Arbeitgeberverbandes lehnte es damals ab, für Württemberg (und für Schlesien, wo die Dinge ähnlich liegen) zu verhandeln. Der Schiedsspruch des Lohnamtes vom 22. August bezog sich auch auf diese beiden Bezirke, doch ist der Konflikt damals nicht ausgetragen worden, weil der Schiedsspruch keine Rechtskraft erlangte.

Bei den Verhandlungen am 16. Dezember erklärten die Vertreter des Arbeitgeberverbandes, dass sie bevollmächtigt seien, auch für Württemberg zu verhandeln. Tatsächlich untersteht auch der Verband württembergischer Holzindustrieller trotz des Austritts aus dem Arbeitgeberverband der Wirkung des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe bis zu dessen Ablauf, also bis zum 15. Februar 1931. Das ergibt sich klar aus den Bestimmungen der Verordnung über die Tarifverträge. Trotzdem hat der Verband württembergischer Holzindustrieller am 20. Dezember den Schlichtungsausschuss Stuttgart angerufen zur Hilfeleistung beim Abschluss eines neuen Lohns, wobei der Ecklohn von 1,19 Mk. auf 1,01 Mk. herabgesetzt werden soll.

Hierzu ist der Schlichtungsausschuss Stuttgart nicht zuständig. Nach den Bestimmungen des Mantelvertrages erfolgt die Festsetzung der Ecklöhne in zentralen Verhandlungen für alle im § 1 des Mantelvertrages genannten Bezirke, also auch für Württemberg. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat die gegen seine Zuständigkeit erhobenen Einwände nicht anerkannt und die Parteien auf den 14. Januar zu Verhandlungen geladen. Unser Verbandsvorstand hat dagegen beim Arbeitsministerium Beschwerde erhoben. Ob unter diesen Umständen die Verhandlungen in Stuttgart stattfinden, bleibt abzuwarten.

## Schiedsspruch für das östliche Westfalen

In dem selbständigen Tarifgebiet Östliches Westfalen haben die Unternehmer das seitherige Lohnabkommen zum Ablauf am 31. Dezember 1930 gekündigt. Am Ablaufstage des Lohns kündigten sie auch den Mantelvertrag zum 1. April 1931. Zwecks Erneuerung des Lohns fanden die im Mantelvertrag vorgeschriebenen Verhandlungen vor dem tariflichen Lohnamt statt. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, der besagt: 1. Der Mantelvertrag wird über den 1. April hinaus um ein Jahr verlängert. 2. Der tarifliche Spitzenlohn wird sofort um 4 Pf. und ab 15. Februar 1931 um 2 Pf. gesenkt. Das Lohnabkommen gilt bis zum 30. Juni 1931. Die Erklärungsfrist läuft am 13. Januar ab.

## Säger im Harzgebiet

Der Arbeitgeberverband der Harzer Holzindustrie ist schon seit längerer Zeit dabei, die Löhne abzubauen. Durch den Widerstand unseres Verbandes gelang es aber, diese Versuche abzuwehren, und schliesslich wurde auch das bis zum 31. März befristete Lohnabkommen durch Entscheidung des Schlichtungsausschusses und des Schlichters bis zum 30. November 1930 verlängert. Der Arbeitgeberverband hat dann das Lohnabkommen erneut gekündigt und ebenso den Tarifvertrag, der somit am 31. Dezember abläuft. In der Verhandlung am 9. Dezember erklärten die Unternehmer, dass sie die

Löhne eigentlich um 28 Prozent senken müssten, sie wollten sich aber mit einem Abbau um 15 Prozent begnügen. Da der Vertragslohn der Gatterschneider in der höchsten Ortsklasse bisher nur 79 Pf. beträgt, konnte auf dieses Verlangen nicht eingegangen werden. Somit scheiterten die Verhandlungen. Die Vertreter der Unternehmer erklärten schliesslich, dass sie den Schlichtungsausschuss anrufen würden. Sie haben es sich aber wahrscheinlich anders überlegt; der Schlichtungsausschuss wurde nicht angerufen, vielmehr lief der Vertrag ab. Kurz vor Weihnachten hat der Arbeitgeberverband seine Mitglieder angewiesen, den Arbeitern das Arbeitsverhältnis zu kündigen und ihnen ab 1. Januar einen neuen Arbeitsvertrag mit einem um 15 Prozent herabgesetzten Lohn anzubieten. Unsere Kollegen werden diesen Lohnabzug nicht ruhig hinnehmen. Doch ist zunächst der Schlichtungsausschuss angerufen, vor dem am 12. Januar verhandelt wird.

## Eine verzwickte Geschichte

Die Tischler- und Drechsler-Innung in Belgard hat den Tarifvertrag gekündigt. Diese Nachricht ist nicht gerade welterschütternd. Warum sollten die braven Meister in dem hinterpommerschen Städtchen nicht mit von der Partie sein, wenn überall die Tarifverträge gekündigt werden. Der Grund dafür, dass wir der Belgarder Tischlerinnung die Ehre antun, von ihrer Vertragskündigung an dieser Stelle Notiz zu nehmen, ist die etwas eigenartige Form, in der sie die Kündigung an den Mann gebracht hat. Das vom 30. Dezember datierte Schreiben ist an unseren Gauvorsteher in Stettin adressiert und hat folgenden Wortlaut:

„Vom hiesigen Magistrats als Aufsichtsbehörde der Tischler- und Drechsler-Innung Belgard ist uns ein Schreiben zugegangen, den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen.“

Bezugnehmend auf obiges Schreiben kündigen wir hiermit den bis jetzt bestehenden Tarifvertrag zwischen der Tischler- und Drechsler-Innung Belgard und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, Gau Stettin.

Der Vorstand  
der Tischler- und Drechsler-Innung Belgard.  
I. V. gez. Herm. Mews.“

Unsere Achtung vor der Weisheit des wohlwollenden Magistrats der Stadt Belgard hindert uns daran zu glauben, dass er den ebenso ungewöhnlichen wie rechtswidrigen Beschluss gefasst habe, die Innung zur Kündigung des Tarifvertrages aufzufordern. Aber ebenso schwer fällt es uns, den ehrenfesten Männern von der Belgarder Tischler- und Drechsler-Innung zu unterstellen, dass sie von den wackeren Ratsherren, die den Magistrat der guten Stadt Belgard bilden, wahrheitswidrig behaupten, dass sie unbefugterweise ihre Nase in Dinge stecken, die sie nichts angehen. Wir befinden uns in einer peinlichen Lage, hoffen aber, dass sich ein „Wissender“ findet, der uns den Schlüssel zur Lösung dieser verzwickten Geschichte gibt.

Zwiesel. In unserer Jahresversammlung hielt Kollege Schreibmeier aus Straubing einen sehr interessanten Vortrag. Er wies insbesondere darauf hin, dass der Ausgang der Wahl am 14. September die Unternehmer angeregt hat, bestehende Tarifverträge zu kündigen. Im Laufe des Jahres wurden in Niederbayern 24 Tarifverträge abgeschlossen, 13 von ihnen waren am Jahresabschluss wieder gekündigt. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage ist unsere Verwaltungsstelle im Aufstieg begriffen. Im Laufe des letzten Jahres ist die Zahl der Mitglieder von 75 auf 101 gestiegen, und wir werden auch weiter unermüdet für den Ausbau unseres Verbandes arbeiten.

Mit Colfaxen Aialae Nummer 11  
von Anna Wolfenbaitung fällig!



# Holzindustrie



## Aus der ostwestfälisch-lippischen Holzindustrie

Nachdem in der vorigen Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ ein Überblick über die Gesamtholzindustrie gegeben worden ist, soll nun von der Möbelindustrie die Rede sein.

Ein Industriebezirk kann nicht geschaffen, er muss geboren werden. Es müssen für die Entstehung und das Wachstum einer Industrie günstige Voraussetzungen vorhanden sein, insbesondere in bezug auf Rohstoffbeschaffung, Arbeitskräfte, Verkehrswege, Bedarf nach den Erzeugnissen, Ausnutzung des technischen Fortschritts. Alle diese begünstigenden Faktoren waren und sind für die ostwestfälisch-lippische Möbelindustrie vorhanden. Das beweist auch ihre so überaus interessante und lehrreiche Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte.

Die Geburtsstätte der Möbelindustrie, das heisst der Serienmöbelfabrikation auf Versand — nur diese kommt in Betracht —, ist Herford. Hier gründete im Jahre 1861 der Kaufmann Kopka die erste Serienmöbelfabrik, die heute noch besteht und einer der grössten Betriebe des Industriebezirks ist. Zu jener Zeit blühte im Ravensberger und Lipper Lande noch die Leinweberei auf handwerklicher Grundlage. Kopka unterhielt eine Leinenfärberei und betrieb einen Leinenhandel. Bei seinen Geschäftsreisen ins Ruhrgebiet entdeckte er den dort grossen Bedarf an billigen Möbeln für den Arbeiterhaushalt, der damals in der Hauptsache wohl von Berliner Werkstätten befriedigt wurde. Mit der ungeheuren Aufwärtsentwicklung, die das rheinisch-westfälische Industriegebiet in der Folgezeit nahm, steigerte sich naturgemäss auch der Bedarf an Möbeln. Neben der Bedarfsorientierung waren auch alle sonstigen Voraussetzungen für die Industrie gegeben. Holz war in der näheren Umgegend Herfords in reicher Fülle vorhanden und konnte auch von dem Bremer Hafen auf verhältnismässig kurzem Transportwege bezogen werden. Der Verkehrsweg für den Absatz der fertigen Erzeugnisse war von Herford aus viermal kleiner als von Berlin. Nur machte die Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte zunächst Schwierigkeiten, denn in der Herforder Gegend waren zu jener Zeit nicht mehr Tischler als anderswo.

Vorerst liess Kopka die Möbel in den Räumlichkeiten des Herforder Zuchthauses herstellen, wobei etwa 20 Strafgefangene beschäftigt wurden. Im Jahre 1874 brannte das Zuchthaus in Herford ab. Kopka bezog andere Fabrikräume und holte sich einen Meister und einige Gesellen aus Berlin. Ein Dampfkessel, der zur Färberei Verwendung gefunden hatte, wurde in den Dienst der Möbelfabrik gestellt. Eine Blocksäge und eine Hobelmaschine wurden gleich in Betrieb genommen. In den Orten an der Bahnstrecke Köln—Berlin war dies die erste Möbelfabrik. Eine Zeitlang blieb sie auch die einzige des Bezirks. Nach dem Kriege von 1870/71 folgten einige Tischlermeister Kopkas Beispiel. In den neunziger Jahren setzte eine weitere Entwicklung ein. Ein Streik im Jahre 1896 bei der Firma Kopka hatte zur Folge, dass einige Streikende selbst eine Fabrik aufmachten. Erwähnenswert ist, dass der Gründer der Firma Fischer, die in ihrer Möbelfabrik mehr als 100 Arbeiter beschäftigt, einer von den Streikenden war, die sich selbständig machten.

Nach der Mitte der neunziger Jahre ging es mit der Entwicklung in der engeren Herforder Gegend verhältnismässig rasch aufwärts. Im Jahre 1907 wurden in Herford (Stadt- und Landkreis) bereits 93 Möbelfabriken mit 1482 Beschäftigten gezählt, und im Jahre 1925 war hier die Industrie bereits auf 266 Betriebe mit 3540 Beschäftigten gewachsen. Nach 1925 ist eine ganz aussergewöhnliche Aufwärtsentwicklung erfolgt. Im Jahre 1929 waren 358 Betriebe mit 5352 Beschäftigten vorhanden. Bemerkenswert

ist, dass die Industrie in der Stadt Herford selbst von der in den Landgemeinden des Landkreises Herford ganz wesentlich überflügelt worden ist. Bereits 1925 wurden im Landkreis Herford 170 Betriebe mit 1956 Beschäftigten gezählt, hingegen im Stadtkreis Herford nur 96 Betriebe mit 1584 Beschäftigten.

Auf Herford folgte in der zeitlichen Reihenfolge der Entwicklung Bad Oeynhaus. Als erster begann hier am 1. Juli 1889 der aus einer kleinen Handwerkerfamilie stammende Zimmerer und Tischler Heinrich Droste mit der Herstellung von Serienmöbeln, zunächst rein handwerksmässig in einem 16 Quadratmeter grossen Werkraum. Aus diesen kleinen Anfängen heraus entwickelte sich nach und nach das heute grösste Unternehmen am Platze, die Firma Friedrich Ottenmeyer AG., deren Belegschaftsziffer am 1. November 1929 auf 294 gestiegen war. Vormalig Droste u. Ottenmeyer AG., firmiert sie seit 1918 unter dem neuen Namen, nachdem der eigentliche Gründer, Heinrich Droste, aus dem Unternehmen ausgeschieden war. Dieser gründete eine neue Fabrik, die noch heute seiner Leitung untersteht und etwa 100 Arbeiter beschäftigt. Die Firma ist ebenfalls eine Aktiengesellschaft, die Aktien sind aber im Familienbesitz.

Im engeren Oeynhaus Gebiet blieb die Firma Droste bis 1897 das einzige Unternehmen seiner Art. Dann folgten in mehr oder weniger grossem Abstand weitere Gründungen. Vor Ausbruch des Krieges, im Jahre 1914, war die Zahl der Serienmöbelfabriken auf 14 gestiegen, die zusammen 725 Arbeiter beschäftigten.

In der Nachkriegszeit folgten immer mehr Gründungen, auch stellte sich eine Reihe Innungsbetriebe auf Serienmöbelfabrikation um. Am 1. November 1929 beschäftigten 53 Betriebe 2242 Arbeiter mit der Herstellung von Serienmöbeln auf Versand. Gegenüber 1914 hatte sich die Beschäftigungsziffer mehr als verdreifacht.

Auch in Minden, Melle, Steinheim und besonders im Freistaat Lippe ging es in ungewöhnlich raschem Tempo aufwärts.

Im Lipper Lande haben die grösseren Möbelfabriken ihren Sitz in den Städten Detmold, Lage, Lemgo, Oerlinghausen, Salzuflen, Schötmar und in den Landgemeinden Heidenoldendorf, Leopoldstal und Pivitsheide. Als die ersten grösseren Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten waren um das Jahr 1900 vorhanden: in Detmold die Firma Spellerberg, jetzt Phoenix-Möbelwerke, Hilker, Uhe u. Niemöller, Gösling und Priester, in Lage Rieckhof und in Salzuflen die Salzuflener Möbelfabrik.

Im Jahre 1907 wurden in Lippe 88 reine Möbelbetriebe mit 687 beschäftigten Arbeitern gezählt. Im Jahre 1929 war die Zahl der Betriebe auf 478, die Zahl der in diesen beschäftigten Personen auf 5454 gewachsen. Die Beschäftigtenziffer hat sich in diesem Zeitraum nahezu verdreifacht.

Hierin kommt die Strukturveränderung zum Ausdruck, die sich wieder in der lippischen Wirtschaft vollzieht. Einstmals war das Leinengewerbe der Hauptindustriezweig des Landes. Es fiel der Maschinenteknik und der kurzsichtigen Wirtschaftspolitik der ehemaligen fürstlichen Machthaber zum Opfer. Danach ergoss sich der Strom der verdienstsuchenden Bevölkerung viele Jahrzehnte hindurch in das Ziegler-Wandergewerbe. 25000 lippische Ziegler wanderten vor dem Kriege aus, fanden während des Ziegeleibetriebes anderwärts Lohn und Brot und kehrten für die stille Zeit zu ihrer heimatlichen Flur zurück. Heute wird der lippische Ziegler teils durch Maschinen, teils durch einheimische Arbeitskräfte ersetzt. Die Möbelindustrie ist

ihm in steigendem Masse Zufluchtsstätte geworden. Typisierung, Technisierung und zunehmende Teilarbeit ermöglichen auch hier die Beschäftigung nicht berufsgelernter Arbeiter in grösserer Anzahl, was unsere Ermittlungen über die Berufsgruppenzugehörigkeit bestätigen.

Das Berufsgruppenverhältnis — Facharbeiter, Angelernte, Hilfsarbeiter — war am 1. November 1929 in 85 Betrieben verschiedener Orte des Bezirks wie folgt: Arbeiter insgesamt 4443, davon Facharbeiter 3007 gleich 68 Prozent, Angelernte 908 gleich 20 Prozent, Hilfsarbeiter 518 gleich 12 Prozent.

Die Arbeiterfrage war anfangs nicht leicht zu lösen. Als Kopka anfang, hatte er einige Schwierigkeiten, brauchbare Arbeitskräfte zu finden. Seit Jahren stehen solche in grosser Zahl zur Verfügung, was gleichfalls ein günstiger Faktor für das Wachstum der Industrie ist.

Ein zusammenfassendes Bild über den Umfang der Möbelindustrie im ganzen Bezirk, ihre Betriebsgrössenverhältnisse, ihre Bedeutung in der deutschen Möbelindustrie, ihre Erzeugnisse, Absatzverhältnisse und ihren Stand unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise soll in einem weiteren Aufsatz behandelt werden.

## ... hat's geschrieben und kann's nicht lesen

Dr. Mohaupt von der „Holzindustrie“ nennt unsere Glossierung seiner Stilübungen in Nr. 51/1930 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine „bewusste Fälschung“ des Sinnes seiner Ausführungen. Die Fälschung soll darin bestehen, dass wir in der aus der „Holzindustrie“ zitierten Stelle den Zwischensatz „nämlich beim Holzkrieg mit Polen“ nicht ausdrücklich als von uns stammend gekennzeichnet haben. Das war deshalb nicht erforderlich, da wir diese Worte in Klammern gesetzt haben, die für jeden normalen Zeitungsleser ein Zeichen dafür sind, dass diese Bemerkung von der Redaktion stammt und nicht vom Verfasser des fraglichen Aufsatzes.

Von einer „Sinnfälschung“ unsererseits kann keine Rede sein. Allerdings geben wir zu, dass es uns in der Regel schwerfällt, zu erraten, was Mohaupt mit seinen holprigen Sätzen eigentlich will. Er selber wird aus seiner Schreiberei wohl selten klug, und so kommt es, dass er heute nicht mehr entziffern kann, was er gestern geschrieben hat. „... hat's geschrieben und kann's nicht lesen“ — den Anfang dieses Kinderreims kennt der Herr Doktor wohl noch aus seiner nicht sehr fernen Jugendzeit.

Wenn Herr Mohaupt nun einmal unter der Feder ist, dann noch folgendes zu seiner Schreiberei: In seinem von uns glossierten Aufsatz über die „Unruhe am Holzmarkt“ schreibt er u. a. folgenden Satz: „Bemerkenswert ist immerhin noch, dass die Rundholzeinfuhr aus Polen im Jahre 1930 der von 1926 entspricht, während die Schmittholzeinfuhr um das Doppelte gestiegen ist.“ Richtig von diesen Behauptungen ist die über die Zunahme der Schmittholzeinfuhr. Hinsichtlich der Rundholzeinfuhr aus Polen liegen die Dinge wesentlich anders: 1926 wurden 6 038 851 Doppelzentner polnisches Rundholz eingeführt, 1930 dagegen nur 2 226 863 Doppelzentner. (Berücksichtigt ist die Einfuhr von Nadelrundholz und Nadelstimmholz in den Monaten Januar bis November; für Dezember 1930 liegen die amtlichen Zahlen noch nicht vor.) Wie aus dieser Gegenüberstellung hervorgeht, kann gar keine Rede davon sein, dass 1930 fast ebensoviel polnisches Rundholz eingeführt worden ist wie 1926, sondern nur ein reichliches Drittel der damaligen Menge. Von dem Aufsatz des Herrn Dr. Mohaupt bleibt, wenn sein Inhalt eingehend geprüft wird, nichts weiter übrig als ein Hauten „sachverständiger“ Konfusion.

## Holz Möbel oder Stahl Möbel?

Die Frage, ob das Holz Möbel durch das Stahl Möbel verdrängt werden wird, ist umstritten. Allerdings ist der Personenkreis, den diese Frage beschäftigt, winzig klein; es handelt sich um eine Gruppe gewisser Künstler und Kunstgewerber. Voran steht hier Prof. Walter Gropius. Nach seiner Überzeugung ist das Stahl Möbel das Möbel der Zukunft, „weil wir alle Formen in uns und um uns aufgelockert haben, und weil Stahl Möbel leichter, luftiger und aufgelockelter sind. Die unruhige Linie der überlieferten Möbel wird der ruhigen Linie der Stahl Möbel weichen. Das Auge will ausruhen, will sich beruhigen, will sich sammeln können, dafür die neuen Stahl Möbel, dafür die Stahl Häuser, dafür die neue Architektur.“

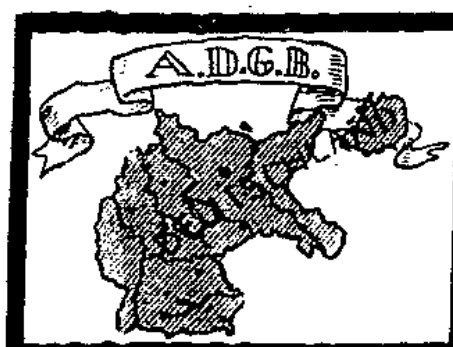
Das sind Worte, nichts als Worte. Wir zweifeln nicht daran, dass Prof. Gropius sie ernst meint, aber die Masse der Bevölkerung ist anderer Ansicht, einfach deshalb weil die Wirklichkeit anders aussieht. Wir haben schon zahlreiche Stahl Möbelausstellungen besucht, aber noch niemals z. B. einen Schrank gefunden der „leichter, luftiger und aufgelockelter“ wirkte als ein Schrank aus Holz. Im Gegenteil: diese Stahl Schränke wirken so kalt und menschenfeindlich, dass man rufen möchte: „Schrank, mir graut vor dir!“

Andere Stahl Möbelfreunde haben dies auch schon begriffen. Gropius' zweiter Nachfolger im Dessauer Bauhaus, der Architekt Mies van der Rohe, glaubt, „dass die Entwicklung der Stahl Möbel Fortschritte machen wird, weil Stahl uns Möglichkeiten gibt wie kein zweites Material, doch müssten Leder- und Stoffkissen den Metallcharakter als solchen verdecken und ihn lediglich in der Linienführung erkennen lassen. Stahl hätte eine natürliche Elastizität, die in hohem Masse der Bequemlichkeit nutzbar gemacht werden könnte. Die Preise seien heute nicht höher als für Holz Möbel, liessen sich aber bei reichlicher Produktion noch erheblich senken. Sobald die typischen Eigenschaften der Stahl Möbel erst genügend bekannt wären, würde das Publikum auch die ideale Seite der Sache zu würdigen wissen, die Zerschlagung der überlieferten Form zugunsten der reinen Schönheit der Linie.“

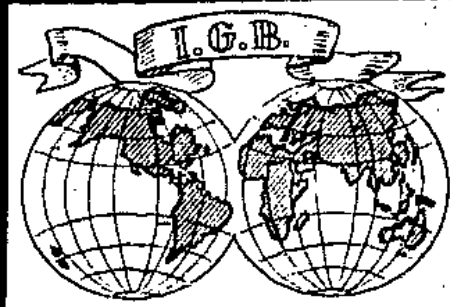
Mies van der Rohe gibt also zu, dass Stahl Möbel kalt und menschenfeindlich wirken. Um diese Wirkung abzuschwächen, empfiehlt er die Verdeckung des Metallcharakters durch Leder- und Stoffkissen! Dieser Vorschlag ist die beste Propaganda gegen Stahl Möbel. Denn wenn Stahl Möbel nur dann erträglich sind, wenn man ihren Metallcharakter nicht sieht (und so ist es in der Tat!), so ist mit solchen Möbeln wirklich kein Staat zu machen. Daran ändert auch die nur Gropius und seinen Geschmacksfreunden erkennbare „ideelle Seite der Stahl Möbel“ nichts.

## Zusammenschluss in der Stuhlindustrie

Die Firmen: Holzindustrie G. m. b. H. in Ettenheim (Baden), J. Messow G. m. b. H. in Berlinchen (Neumark), Erste Achern Stuhlfabrik in Achern (Baden), Ph. Leimkugel in Weinheim (Baden) und Frankenberg Stuhl- und Möbelindustrie G. m. b. H. in Frankenberg an der Eder haben sich zu einer Verkaufsgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Verkaufsgemeinschaft führt den Namen „Deutsche Buchholz-Stuhlgesellschaft“ m. b. H. vorm. Rudolf Barber“ und hat ihren Sitz in Berlin. Sie arbeitet mit einem Stammkapital von 50 000 Mk. Ihre Aufgabe ist der Vertrieb der von den fünf Firmen hergestellten Stühle, Sessel und Tische.



# Gewerkschaftsbewegung



## Kommunistenputsch gegen die Bergarbeiter

Die Schlichtungsmaschine, die schon im alten Jahre eine rege Tätigkeit entfaltet, arbeitet im neuen Jahre mit verstärktem Druck an der Senkung des Lohnniveaus der Arbeiterschaft. Es ist kaum möglich, den Verlauf auch nur der umfangreichsten und bedeutendsten Lohnbewegungen zu verfolgen.

Wenn das öffentliche Interesse sich in erhöhtem Masse der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet zuwendet, so ist das vollumfänglich. Es handelt sich um die Arbeiterschaft einer lebenswichtigen Industrie. Störungen der Produktion im Kohlenbergbau machen sich sehr schnell im gesamten Wirtschaftsleben bemerkbar.

Bereits im Herbst vorigen Jahres fanden Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau statt. Die Zechenbesitzer hatten zum 30. September 1930 die Lohnordnung gekündigt und eine 10prozentige Kürzung der Löhne gefordert. Damals erreichten sie dieses Ziel nicht, denn der von der Schlichterkammer gefällte Schiedsspruch sah eine Verlängerung der alten Lohnordnung bis zum 31. Dezember 1930 vor.

Nun haben die Unternehmer die erste Gelegenheit zur Kündigung der Lohnordnung benutzt, die somit am 31. Dezember abläuft. Sie verlangten eine 12prozentige Lohnsenkung. Die Verhandlungen vor dem Schlichter am 29. und 30. Dezember 1930 mussten ergebnislos abgebrochen werden. Die Folge war, dass die Unternehmer auf der ganzen Linie die Kündigung der Arbeitsverträge zum 15. Januar aussprachen.

Die Bergarbeiterverbände gaben nunmehr die Parole aus, keine neuen Arbeitsverträge mit niedrigeren Löhnen abzuschließen. Die Lage war also auf das äusserste gespannt, es musste mit dem Ausbruch des Kampfes am 15. Januar gerechnet werden, sofern nicht die noch fortgesetzten Verhandlungen vor dem Schlichter zu einer Verständigung führten.

In diesem Stadium setzte die Putschaktion der Kommunisten ein. Die „Revolutionäre Gewerkschafts-Opinion“ rief zum Streik am 2. Januar auf. Dieser Streik hatte kein gewerkschaftliches Ziel, es war ein Putsch gegen die Gewerkschaft. Offen sprachen es die kommunistischen Führer aus, dass es sich für sie darum handle, die Organisation der Bergarbeiter zu zerschlagen und einen kommunistischen Bergarbeiterverband ins Leben zu rufen.

Dieses Vorgehen der Kommunisten war ein schändlicher Verrat an den Interessen der Bergarbeiter. In den Tagen unmittelbar vor dem Ausbruch eines Riesenkampfes ist die Wahrung strengster gewerkschaftlicher Disziplin unbedingte Pflicht. Noch war die Entwicklung der Dinge nicht zu übersehen. Die Unternehmer hatten den Arbeitern zum 15. Januar gekündigt. Es hängt sehr stark von der Geschlossenheit der Bergarbeiter ab, ob die Unternehmer ihre Aussperrensabsicht durchführen. Zwar waren die Verhandlungen vor dem Schlichter noch nicht abgeschlossen, aber durch die von den Bergarbeiterverbänden ausgegebene Parole, keine Arbeitsverträge zu den herabgesetzten Löhnen abzuschließen, haben die Organisationen ihre Entschlossenheit bekundet, den Kampf aufzunehmen. Diesen Zeitpunkt benutzten die Kommunisten zu ihrem Versuch, durch wilde Streiks die Geschlossenheit der Bergarbeiter zu sprengen.

Der direkte Einfluss der Kommunisten auf die Bergarbeiter ist nicht erheblich, was auch unter den Bergarbeitern, die sich zur kommunistischen Partei bekennen, betrachtet es die grosse Mehrheit als selbstverständlich, dass im wirtschaftlichen Kampf die Gewerkschaften die Führung haben. Die Hauptstütze der Revolutionären Gewerkschafts-

Opposition bilden neben den berühmten „klassenbewussten Unorganisierten“ die ziemlich zahlreichen Arbeitslosen.

Die RGO. sammelte ihre Anhänger zu Stosstrüppen, die mit Gewaltmitteln die Einfahrt der Bergarbeiter in einigen Schächten verhierten. Auf solche Art erreichten die kommunistischen Drahtzieher, dass am 2. Januar von der Morgenschicht 11,91 Prozent, also etwa 7 Prozent von der Gesamtbelegschaft, nicht einfuhren. Die „Bergbauindustrie“, das Organ des Bergarbeiter-Verbandes, sagt dazu: „Gestreikt haben diese Leute nur zu einem geringen Teil, zum grössten Teil erlagen sie den Gewaltmassnahmen der kommunistischen Stosstrüppen.“ In der Revierkonferenz für den Ruhrbezirk empfahl der Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes, Husemann, „die Kameraden sollen geschlossen, mit dem Knüttel in der Hand, zur Arbeit gehen und niederknien falls der ortsfremde Gesindel in die Flucht schlagen“. Die energische Abwehr hat sehr schnell zum Zusammenbruch des kommunistischen Putsches geführt. Nach wenigen Tagen war der Streit gegen die Gewerkschaften erledigt.

Damit ist allerdings der Friede im Ruhrbergbau noch nicht gesichert. Die Verhandlungen vor dem Schlichter waren auf den 7. Januar vertagt worden. Von den Unternehmern wird behauptet, dass sie im Oktober vorigen Jahres gelegentlich der Verhandlungen über die Kohlenpreissenkung von der Reichsregierung die bindende Zusicherung erhalten hätten, dass die Löhne um 8 Prozent gesenkt werden sollen. Der Reichsarbeitsminister hat die Richtigkeit der Behauptung bestritten, aber die Unternehmer beharren auf ihrem Schein. Die Vertreter der Bergarbeiter haben zu erkennen gegeben, dass sie sich unter Umständen mit einem Schiedsspruch abfinden würden, der 3 bis 4 Prozent Lohnabbau bringt. Der Schlichter, Professor Dr. Brahn, will aber weder der einen noch der anderen Forderung zustimmen, und so kam es auch am 7. Januar zu keinem Spruch.

Um den drohenden Kampf im Bergbau zu verhüten, hat der Reichsarbeitsminister zu einem Gewaltmittel gegriffen. Er hat am 9. Januar die Zustimmung des Reichspräsidenten zu einer Notverordnung erlangt, die den Schlichter ermächtigt, unter Zuziehung von zwei Unparteiischen einen Schiedsspruch zu fällen, wenn es ihm nicht gelingt, mit einer der beiden Parteien in der Schlichtungskammer eine Mehrheit zu bilden. Von dieser Ermächtigung wird nun Gebrauch gemacht, und am 10. Januar, wenn diese Zeilen in Druck gehen, wird ein Schiedsspruch für den Ruhrbergbau gefällt werden. — Über dieses Verfahren wird noch einiges zu sagen sein.

## Kapitalistische Methoden im kommunistischen Betrieb

Gegen den kapitalistischen Lohnabbau werden wohl nirgends so starke Worte gebraucht wie in der kommunistischen Presse. Wo irgendein Versuch unternommen wird, die Löhne zu senken, da ruft die kommunistische Presse zum Streik, und sie schimpft in allen Tönen über die Gewerkschaften, die, unbekümmert um kommunistische Parolen, die dem Einzelfall angepassten Abwehrmethoden anwenden. Von den radikalen Gegnern des Lohnabbaus sollte man annehmen, dass sie diese kapitalistischen Ausbeutungsmethoden in den eigenen Betrieben nicht anwenden. Aber den kommunistischen Schreibhaiseln gegenüber muss man sich immer wieder des Grundsatzes erinnern: Seht ihnen auf die Hände und nicht auf das Maul!

Erst vor kurzem ist der Lohn der Austrägerinnen der in Berlin erscheinenden kommunistischen Zeitungen ganz bedeutend herabgesetzt worden. Der Vertrieb der Blätter wurde zum 1. Oktober 1930 einer anderen Firma übertragen, die es ab-

lehnte, in den bisherigen Tarifvertrag, der mit der zuständigen Gewerkschaft, dem Gesamtverband, abgeschlossen war, einzutreten. Der Vertreter der Firma erklärte mit brutaler Offenheit, dass er einen grösseren Gewinn aus dem Geschäft ziehen wolle. Dazu leistete die „Revolutionäre Gewerkschafts-Opinion“ Hilfsdienste. Sie bestimmte eine Lohnkommission, die einen Tarifvertrag abschloss, durch welchen die seitherigen Löhne um 33 1/2 Prozent herabgesetzt wurden. Ausserdem müssen die Arbeiter nunmehr die anteiligen Beiträge zur Sozialversicherung tragen, die nach dem alten Tarif vom Verlag gezahlt wurden. Mit Hilfe der kommunistischen Parteidisziplin und kapitalistischen Terrors wurden die unzufriedenen Austrägerinnen zur Ruhe gebracht; wer sich nicht stillschweigend fügte, wurde entlassen. Das machte sich leicht, da mit der Lohnkürzung eine Leistungssteigerung verbunden war, so dass von den 900 Austrägerinnen 400 entlassen wurden. Rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft als das kommunistische Unternehmen kann der ärgste kapitalistische Scharfmacher nicht vorgehen.

Die kommunistische Presse geht, soweit der Geschäftsbetrieb in Frage kommt, auf dem beschrittenen Wege rüstig vorwärts. Die Peuvag, der kommunistische Parteibetrieb, in welchem die „Rote Fahne“ und andere kommunistische Presseerzeugnisse hergestellt werden, hat den Antrag auf Genehmigung einer teilweisen Betriebsstilllegung gestellt. Darüber wurde am 18. Dezember vor der Gewerbeinspektion verhandelt, und die Peuvag erhielt die Erlaubnis, von den 170 Personen, die sie beschäftigt, 50 Mann, Setzer, Drucker und Hilfsarbeiter, zu entlassen. Ihnen ist auch zum 16. Januar 1931 gekündigt worden.

An sich lässt sich nicht viel dagegen sagen, wenn ein Betrieb bei schlechtem Geschäftsgang Arbeiter entlässt. Hier ist aber der Beschäftigungsmangel künstlich hervorgerufen worden. Herr Münzenberg, der Inhaber des aus Parteimitteln gegründeten Kosmos-Verlags, hat der kommunistischen Parteidruckerei den Druck des kommunistischen Boulevardblattes „Welt am Abend“ entzogen und ihn einer kapitalistischen Privatdruckerei übertragen. Diese hatte ein billigeres Angebot gemacht, um ihre nicht vollbeschäftigten Maschinen auszunutzen. Um einer geringen Ersparnis an Druckkosten wegen hat der revolutionäre Herr Münzenberg 50 Arbeiter brotlos gemacht, denn die private Druckerei stellt keinen der abgebauten Buchdrucker ein.

In der „Welt am Abend“ und der übrigen kommunistischen Presse wird weiter getobt über die kapitalistische Unterwerfung, die durch Rationalisierung und Lohnabbau die Lage der Arbeiter verschlechtern, und ganz besonders über die Gewerkschaften, die nicht auf jede dieser Massnahmen mit dem „revolutionären“ Streik reagieren. Dieses hysterische Geschimpfe der kommunistischen Partei und der kommunistischen Presse über die Gewerkschaften hat seine Ursache in einem moralischen Defekt. Das hängt zusammen mit der Anbetung der Diktatur, die kommunistischer Glaubenssatz ist. Wer dort, wo er die Macht hat, jede andere Ansicht mit Gewalt niederhält und grausam verfolgt, hat kein Recht, sich anderwärts über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Mangel an Demokratie zu beklagen. Und wer in eigenem Hause mit den kapitalistischen Methoden des Lohndruckes arbeitet, wer aus niedriger Profitsucht eine grosse Zahl Arbeiter auf die Strasse setzt, hat nach normalem sittlichem Empfinden das Recht verwirkt, sich über die Anwendung kapitalistischer Methoden zu entrüsten. Am allerwenigsten aber sind die Kommunisten berufen, von ihrem Parteistandpunkt aus den Gewerkschaften Ratschläge zu erteilen oder gar Vorschriften zu machen.

## Die Nazis und die Kozijs

Nationalsozialisten und Kommunisten leben in bitterer Feindschaft. Die Prügeleien und die gegenseitigen Überfälle sind aber mehr der Ausdruck gegenseitigen Futterneides, innerlich herrscht weitgehende Übereinstimmung. Daher auch das häufige Hin- und Herwechseln nicht nur von Mannschaften, sondern auch von Funktionären aus dem einen in das andere Lager. Darüber führt auch die Funktionärzeitschrift der KPD-Zentrale, der „Kommunistische Parteiarbeiter“, lebhaftige Klage. Er schilt über die jüngste Werbeschrift der Nazis:

„Diese Burschen haben unsere Methoden gründlich studiert. Das ganze Heft ist eine einzige Anweisung, wie der Nazi unter Benutzung unserer Methoden und Parolen die Massen am besten belügen und betrügen kann.“

Diese Klage ist sehr berechtigt; in der Tat machen die Nazis den Kozijs das Monopol streitig, die Massen zu belügen und zu betrügen. Wir wissen nicht, ob der „Kommunistische Parteiarbeiter“ die „streng vertraulichen“ Richtlinien für die Betriebszellen im Auge hat, die die Nazis herausgeben. Die Nazis wollen nämlich nach kommunistischem Vorbild gleichfalls die Gewerkschaften erobern und zu dem Zweck Zellen bilden. In den Richtlinien heisst es unter anderem:

„Der nationalsozialistische Betriebsfunktionär wirkt als Vertrauensmann der Partei. In dieser Eigenschaft muss es ihm gelingen, auch Vertrauensmann der Belegschaft zu werden. Sozialpolitische Beratung und arbeitsrechtliche Vertretung bei allen sich bietenden Gelegenheiten müssen ihm willkommenes Mittel sein, das Vertrauen seiner Arbeitskollegen zu erringen. Je mehr er das erreicht, um so leichter wird dann seine politische Propaganda sein und um so stärker seine organisatorischen Erfolge für die nationalsozialistische Bewegung.“

Grossen Wert legen die Nazis darauf, dass ihre Anhänger in den Gewerkschaften bleiben, „die dem einzelnen Arbeitnehmer wirtschaftliche Vorteile bieten, die nicht von der Hand zu weisen sind“. Dabei sind sie so naiv wie die Kommunisten, die ebenfalls glaubten, dass sich die Gewerkschaften die Bildung von Krebszellen im eigenen Körper ruhig gefallen lassen müssten.

Natürlich soll das Verbleiben in den Gewerkschaften nur ein vorläufiger Zustand sein. Der „Kommunistische Parteiarbeiter“ hat recht; die nationalsozialistischen Burschen haben die kommunistischen Methoden sehr gründlich studiert, und es fehlt ihnen nicht an gutem Willen, sie nachzugehen. Die Kommunisten sind bereits darangehen, mit ihrer „Revolutionären Gewerkschafts-Opinion“ einen eigenen Gewerkschaftskaden aufzuziehen; auch auf diesem Gebiete wollen ihnen die Nazis Konkurrenz machen. Heisst es doch in den Richtlinien:

„Die NSDAP. sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren gewerkschaftlichen Verbänden zu bleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden verbürgte parteipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern.“

Die Nazis und die Kozijs sind einander wert. Wenn auch die einen auf Hitler schwören und Mussolini als Heiligen verehren, die anderen bewundernd zu Väterchen Stalin aufblicken, im Hass gegen die organisierte Arbeiterschaft, die ihren Diktaturplänen hinderlich ist, stimmen sie überein. Beide sind Schädlinge der deutschen Arbeiterbewegung und müssen dementsprechend behandelt werden.



# Unterhaltung und Wissen



## Eher sterben als verderben!

Immer mehr drängt's zur Entscheidungsschlacht,  
Und sie wird kommen, wenn auch nicht über Nacht.  
Das Wetterleuchten vor Kämpfen zeigt's an,  
Proletariat: Dichter heran!  
Dem Sorgen und Bangen  
Sei nicht gefangen.  
Zeige den Willen, dich zu erhalten  
Auch gegen Nörgler- und Lügengewalten.

Nimmermehr sei von uns zugegeben,  
Dass fünfzig Jahre Kampf und entbehrtes Leben  
Kutlos vertan,  
Um einem blöden „Befreiungswahn“  
Genüge zu tun — —

Nimmermehr, Freunde, gelobt's, hier zu ruhn!  
Eher — der Kampf lebt — wollen wir sterben  
Als durch den Sklavensinn elend verderben.  
Proletariat:

Rüste zur Tat!

Erich Febian.



Copyright by Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf. (2. Fortsetzung.)

Aus einer der Nebenstuben hören wir einen einzelnen Gesang, schwermütig, langgedehnt. Es ist eine fremde Stimme, ich kann sie nicht erkennen. Sie irrt über den Flur zu uns herein: ... und muss A-a-abschied nehmen ... O du Allerliebste hier ... Schla-a-eiden das bringt Tränen. Hab dich ja so sehr geliebt ... über alle Maassen ... Da springt Kilb von seinem Schemel auf — er zog gerade den grauen Streifen um seine Feldmütze — und knallt die Tür zu. Es ist, als wenn das Lied, zwischen die Tür geklemmt, aufschreit. ...

Wir treten zum Essen an. Es ist das letztmal auf diesem verfluchten Kasernenhof. Schönfeld besichtigt unsere Picknäpfe. Er betrachtet sie von innen und aussen und grinst dabei. Er sucht nach Gründen, uns ein letztes Mal zu quälen, das Schwein — und er findet natürlich auch einen Grund. Irgendeiner hat den Napf nicht richtig ausgespült oder vielleicht etwas Rost ansetzen lassen. Wir können, da wir stillstehen, nicht sehen, wen er vorhat. Aber es muss einer im hinteren Glied ganz rechts sein, vielleicht einer von der ersten Korporalschaft. Wir hören, wie der Sergeant rülpst und krächzt ... und dann klatscht er seinen Speichel in den Essnapf des Rekruten. In der grossen Stille hören wir es ganz deutlich. Unser Herzschlag setzt aus, Kilb bewegt sich, hinter mir scharren sie schon mit den Füßen, in den Reihen ist ein Murren: gleich wird es losbrechen ...



Aber der Sergeant kommt uns zuvor: „Alles durcheinander, marsch, marsch, ihr Schweine! Halt! Hinlegen!“ Fünf, sechs Mann werfen sich tatsächlich mit ihren Näpfen in den Dreck; aber der grösste Teil der Kompanie gehorcht nicht mehr diesem gemeinen Befehl. — Wir stehen plötzlich eng um den Sergeanten herum, einige Rekruten heben in ohnmächtiger Wut die Nöpfe. Ganz dicht bei Schönfeld steht Kilb, er ist kalkweiss. ... Da wird dem Sergeanten unheimlich zu Mute, er wagt nicht, den

Befehl zu wiederholen. Er beisst sich auf die Lippen und sieht uns von unten auf mit schiefen Blicken an. Dann lässt er uns wieder in Front antreten. „Wir müssten den Halunken totschiessen!“ hörte ich hinter mir eine Stimme, verbissen: „O, wenn der Hund mit uns rauskäme. ...“ Aber er wird nicht mit an die Front kommen, das weiss ich schon; der Kompanieschuster hat es mir heute Morgen gesagt. ... Und wie wir stehen: in ohnmächtigem Hass, da wankt der Grenadier Fischer von der ersten Korporalschaft an unserer Front entlang nach dem Brunnen hin. Er hält seinen Essnapf im hochquellenden Ekel weit von sich. Und Schönfeld lässt ihn, die Fäuste in die Seiten gestemmt, an sich vorbeiziehen. Er grinst unaufhörlich. ...

Es gibt dicke Nudeln mit Schweinefleisch. In den vielen Wochen ist es das erste kräftige Essen. Viele können es nicht bei sich behalten, weil der Magen es nach all den Rüben im Wasser, nach dem Dörrgemüse und dem klumpigen Brot nicht mehr annimmt. — Wir dürfen uns sogar einen zweiten Zug holen. Heute ist mit einem Male genug da — aus allen Stuben hört man das Kratzen in den Essnapfen. Es bleibt keine halbe Nudel übrig ... wir sind zum Platzen voll und können uns nachher kaum noch rühren — es ist unsere Henkersmahlzeit. ...

Die Unruhe in der Kompanie wird immer fieberhafter. Unheimlich schnell ticken die Uhren. Es ist noch so viel zu tun, die Unteroffiziere jagen durch die Stuben und geben immer neue Befehle: Mäntel und Zeltbahnen rollen, Gasmasken auf- und absetzen. Eine halbe Stunde üben wir es wieder auf dem Hof. Dann werden wir in die Stuben gelagt — die Schneiden der Seitengewehre werden auf ihre Schärfe geprüft, die Unteroffiziere ziehen mit den Fingerringen darüber hin, schneiden dünnes Papier damit durch. ... Das Blut stockt mir in den Adern, wenn ich es sehe. Dann wieder bin ich ganz ruhig und betrachte alles, als träumte ich und gehörte gar nicht hierher. — Die Kaserne ist ein Arsenal von Mordwerkzeugen, die auf ihre Tauglichkeit geprüft werden. Welch ein Gefühl! ... welch ein Gefühl! — Und wir?! „Brauchbare Soldaten“, sagte der General! „Tauglich zum Mörderhandwerk“, hätte er sagen sollen. ...

Wir knien in den Stuben auf dem Fussboden, schwitzen und stöhnen beim Rollen der Mäntel und Decken. Immer noch einmal ziehen wir die Riemen fest. Wir helfen uns gegenseitig, wir drücken unsere Knie auf die Tornister der Kameraden, damit der Packende das letzte Riemenloch erreicht. Wir packen immer noch mal das Innere der Tornister um, legen die Sachen von links nach rechts — von rechts nach links, aber wenn die Unteroffiziere kommen und nachsehen, haben wir es doch verkehrt gemacht; denn das Regiment schreibt jedem Teil seinen besonderen Platz zu, ob es praktisch ist oder nicht, und wir hatten die Sachen natürlich so gelegt, wie sie am praktischsten lagen. — Die Sachen werden wieder herausgerissen, der Magdeburger hat seinen besonderen Spass dabei und lacht dröhnend auf. Sie fliegen in der Stube umher: Kopfschützer, Leibbinden, Fusslappen, Hemden, Unterhosen — alles armselige, minderwertige dünne Lappen aus Nesselbaumwolle. Aber die Schnürschuhe sind gelb und neu. Sie knarren und knirschen vor Festigkeit, wenn wir sie einschürren, als freuten sie sich auf die Märsche der nächsten Wochen. Wie lange werden sie gelb und neu aussehen? ... Endlich habe ich meinen Affen fertig. Ich stelle ihn auf das Drahtnetz meines Bettes. Das Bettzeug ist schon abgegeben; wir werden hier sie wieder schlafen. ... Wer wird der Rekrut sein, der meinen Platz hier einnimmt? Einer — vom — nächsten Jahrgang?! — Ich schreie zusammen: das wäre der Jahrgang 1900! — —

Ich ziehe noch einmal am Kochgeschirriemen, ich betrachte den Affen von allen

Seiten, beinahe liebevoll. Verflucht! Liebe ich denn dieses Volk? Nein! Ich hasse alles, was damit zusammenhängt! Aber ich habe das Gefühl, als müsste der Tornister mich vor etwas Entsetzlichem retten, wenn ich ihn auf dem Rücken habe, als schütze mich seine Kompaktheit — wenn er auch drückt. ... Und in der äussersten Ecke liegt der Kasten mit den armseligen Kleinigkeiten, mit dem Vermächtnis meines toten Kameraden ... liegt Langers Brief. ... Dicht dabei ein halbes Pfund Kunsthonig, ein halbes Schwarzbrot und eine Dose Sülze aus Fleischabfällen. Es ist der Inhalt des ersten und einzigen Pakets, das mir mein Vater vorgestern geschickt hat. Von ihren Lebensmittelkarten haben sie sich zu Hause diese Sachen abgespart, abgehungert. Ich wollte es zurückschicken in bitter aufquellendem Gefühl; denn ich weiss, wie die Menschen in den Grossstädten hungern. Sie haben mir geschrieben und mir vorgelogen, sie könnten es entbehren. Ich aber werde ihre hohlen Augenhöhlen sehen, wenn ich von den Sachen esse, und diese Worte meiner Schwester in dem Brief werden das Salz zu dieser Speise sein: „Nach dem Glas Sülze habe ich zweiundeinhalbe Stunde angestanden. Gerade vor mir war Schluss, und ich sollte nichts mehr haben. Aber ich habe so gebettelt, dass mir die Verkäuferin ihr Glas gegeben hat. Lass es dir gut schmecken, lieber Bruder. Ich habe es gern für dich getan; denn aus deinem Brief haben wir ersehen, wie ihr dort leiden und hungern müsst. ...“

Ja, liebe Schwester, ich werde es „mir gut schmecken lassen“. — Ich habe mir vorgenommen, nie wieder nach Hause zu schreiben, dass wir hungern müssen; ich will denen das Herz nicht noch schwerer machen. ...



In späteren Jahren wird man in Geschichtsbüchern lesen, dass die Soldaten des Weltkrieges Tornister trugen, schwere Tornister ... Ja! Sie waren schwer, sie waren sehr schwer, ihr Menschen der zukünftigen Generationen! Der „Feldherrnstab“ lag nicht darin, aber der Hunger und der Tod hatten ihn gepackt. ...

Einmal noch müssen wir hier die Gewehre putzen: wir reiben und schmirgeln sie und fetten sie ein: Sie glänzen, sie strahlen förmlich vor Stolz: O, wir werden unsere Pflicht schon tun! Wir werden euch schon dankbar sein dafür, dass ihr uns so gut behandelt! Ihr sollt euch nicht über uns beklagen ... so scheinen sie zu sprechen. — Ich stelle mein Gewehr Nummer 3944 hinter das Feldbett gegen die Wand. Als ich mich umdrehe, fällt es krachend um, so dass ich heftig zusammenzucke. Wie schreckhaft wir in den letzten Stunden unseres Hierseins sind! ... Ich lege das Gewehr neben meinen Tornister ... behutsam ...

Wir ziehen die neuen Hosen und Röcke an, und ich habe noch nie die Korporalschaft so schweigsam gesehen wie in diesem Augenblick. ... Das Zeug ist graugrün, wollig und ohne Flecke. Ich fühle über den Stoff hin und freue mich einen Augenblick; denn seit Wochen fühle ich mich mal wieder sauber, weil ich einen neuen reinen Rock über dem Leib habe. Ich vermeide ängstlich, dass ein Fleck daraufkommt, vorsichtig drücke ich mich um jede Tischkante

herum und um alles, was der Unbeflecktheit meines Rockes schaden könnte. Beinahe vergesse ich den Zweck dieser Uniform: ich habe einen neuen, sauberen Anzug an, verdammt nochmal — darauf achtet man als ordentlicher Mensch. ... Dann aber muss ich gleich wieder lächeln: Warte nur, mein Junge, warte nur. ... Bald, sehr bald schon wird er anders aussehen! ... Und mit einemmal spüre ich den intensiven Geruch eines neuen Kleidungsstückes. Mir wird plötzlich schlecht ... ich — rieche — Blut — und Erde. ... Ich möchte mir die Lumpen vom Leibe reissen ... ich kann den Geruch nicht mehr aushalten! ...

Mir ist, als trage ich mein Leichenhemd, mein feldgraues Leichenhemd. ...

(Fortsetzung folgt.)

## Richtige Erkenntnis am falschen Ort

Zwei Männer standen, sich unterhaltend, am vergitterten Fenster

„Wir sind wahrhaftig Idioten“, sagte der eine, „und verdienen es nicht besser als eingesperrt gehalten zu werden!“

„Wieso?“

„Na, wenn wir keine Idioten wären, hätten wir längst die paar Wärter gepackt, sie in die Weisszeugschranke gesteckt und wären getürmt! Stell dir vor, das Verhältnis ist wie hundert zu fünf! Da muss doch ein Ausbruch gelingen!“

Der andere schüttelte bedenklich den Kopf.

„So einfach, wie du dir das vorstellst, ist das nicht!“ sagte er. „Mir nichts, dir nichts lassen sich keine Gitter brechen!“

„Gewiss nicht! Wir müssten uns erst dazu organisieren!“

„Und siehst du, Freundchen, gerade hier liegt der verdamnte Hase im Pfeffer!“

„Wie soll ich das verstehen?“

„Alles kannst du organisieren, alle! Nur uns in dem grauen Haus nicht! Da rennt jeder in seine besondere Ecke!“

Heftig rüttelte er dabei an den eisernen Stäben.

„Du hast recht, Freund! Alles organisiert sich in der Welt, die ganze Welt organisiert sich! Nur Idioten organisieren sich nicht!“ — O. We.

## Allerlei Humor

Modern. „Nun, Herr Müller, ich höre, Sie wollen sich ein Einfamilienhaus bauen; haben Sie auch das nötige Kapital dazu?“ — „Ja“, erwiderte der Gefragte, „ich habe einen Bausparverein gegründet, und als Vorstand bin ich der erste, der drankommt.“

Tischler gleich Tisch leer. Der kleine Hans fragt seine Mutter, eine Tischlerchefrau: „Mutter, woher stammt der Name ‚Tischler‘? Tisch ist ein Tisch, und was bedeutet das Wort ‚ler‘?“ — Mutter: „Die Nachsilbe ‚ler‘ hinter Tisch kommt von leer, denn dem ersten Tischler ging es wie unserem Vater, der verdiente auch sehr wenig, und da war bei der Frau des ersten Tischlers der Tisch auch immer leer.“

Theologie. „Ungerecht, dass es für den Mann zehn und für die Frau bloss neun Gebote gibt“, sagte Karl Heini zu Pastor Lindström. — „Nanu, Karl, das ist ja das erste, was ich höre“, erstaunte der würdige Pfarrer. „Wieso gibt es denn für die Frau bloss neun Gebote?“ — „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib — Wollen Sie behaupten, dass das auch für die Frauen geschrieben ist?“ — Der Pastor schwieg.

Aus Sowjetrussland. Es tagt ein Gericht. Unruhe brodet im Publikum. Da sagt der Richter mit schallender Stimme zum Saaldienster: „Piotr Petrowitsch, Sorge endlich einmal für Ruhe! Wir haben schon mehrere Todesurteile gefällt und von den ganzen Verhandlungen auch nicht eine Silbe verstanden!“

Bücher und Zeitschriften

Ostpreussens Holzhandel und Holzindustrie. Von Dr. Hans Friederichs. Diplom-Volkswirt...

zentiger Ausbeute eines mit Dampfkraft betriebenen Volksgattersägewerks für Arbeitslohn 33 Prozent enthalten...

dem Verfasser zur Verfügung stehenden Raum; das Büchlein zählt 76 Seiten kleinen Formats...

kommen sind. Wir lernen Verbrecher aller Gattungen und die Umstände, die sie aus der Bahn des gesellschaftlichen Gleichgewichts geworfen haben...

Wir suchen für eine grosse Stuhl- und Möbelfabrik in der Nähe von Utrecht in Holland einen Tischler...

Kollegen! Werbt für das Fachblatt für Holzarbeiter PHOTO-TAUSCH

Hobelbänke 70RM Innungs-Tischler-Fachschule in Bedum, Westf.

Der beste Puizhobel mit freies Heinein Raut u. nachfolgendem Reil...

J E D E S im Buchhandel erscheinene B U C H

Kennen Sie schon Baldaus Original-Messingkeithobel DRGM. "GEPO"?

Preisabbau! Sprechmaschinen-Laufwerke zum Selbsteinbau, la Doppelschneckenfederwerk 11,50 Mark

Original-süddeutsche Hobelbänke 78 Mark, Werkzeug-Neuheiten.

Gute Manchesterhosen Beste Manchesterhosen Blaue Arbeitsanzüge

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz) 31472 Spindeln in eigener Spinnerei 1496 Webstühle in eigenen Webereien

Sperrholz Holzplatten-Export-Gesellschaft Brown & Rosenblum

Wer die Preise kennt, kauft nur bei Uhren-Klöse! Reklamepreis! Nur 4 Mk.

Hobelbänke in Qualität, süddeutsche Auslieferung...

Sigurd-Webwaren! Hemdentuche, Nessel, Damaste, Handtücher, Tisch-, Bett- u. Frotteerwäsche

Gilligeborn, Bettfedern

Edel-Kanarien wirklich feine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule

Ausnahme-Angebot! Baumwollgewebe, ungebleicht, feinfädig, leichte Sorte... 0.11